

The SPD logo consists of the letters 'SPD' in a bold, white, sans-serif font, centered within a solid red square.

ANTRÄGE ZUM **PARTEIKONVENT 2014**

AM 20. SEPTEMBER 2014

WILLY-BRANDT-HAUS IN BERLIN

Inhaltsverzeichnis

			Seite/n
Digitale Gesellschaft	DiGe	DiGe1 - DiGe3	4 - 7
Demokratie	Dem	Dem1	7 - 8
Themenübergreifende Anträge	ThA	ThA1 - ThA27	9 - 44

Der Antragschluss für den Parteikonvent 2014 in Berlin am 20. September 2014 war satzungsgemäß am 31. August 2014.

Mitglieder der Antragskommission

Vorsitzender:	Olaf Scholz
Stimmberechtigte Mitglieder	Niels Annen Petra Crone Yasmin Fahimi Peter Friedrich Hubertus Heil Gabriele Lösekrug-Möller Manuela Schwesig
Beratendes Mitglied	Sascha Vogt

Von den Bezirken/Landesverbänden benannte Mitglieder:

LV Schleswig-Holstein	Mathias Stein
LV Mecklenburg-Vorpommern	Brigitte Pleß
LO Hamburg	Inka Damerau
LO Bremen	Dr. Karl Bronke
BZ Nord-Niedersachsen	Lars Klingbeil
BZ Weser-Ems	Susanne Mittag
BZ Hannover	Stephan Klecha
BZ Braunschweig	Matthias Wehrmeyer
LV Sachsen-Anhalt	Andreas Schmidt
LV Brandenburg	Christian Maaß
LV Berlin	Ulrike Sommer
LV Nordrhein-Westfalen	André Stinka
BZ Hessen-Nord	Timon Gremmels
BZ Hessen-Süd	Dagmar Schmidt
LV Thüringen	Wilhelm Schreier
LV Sachsen	Ilko Keßler
LV Saar	Petra Berg
LV Rheinland-Pfalz	Stefanie Seiler
LV Baden-Württemberg	Elfriede Behnke
LV Bayern	Marietta Eder

Nach § 19 des Organisationsstatuts besteht die Antragskommission aus je einem oder einer Delegierten der Bezirke und acht vom Parteivorstand zu benennenden Mitgliedern. Sie ist durch den Parteivorstand einzuladen.

Die Antragskommission hat am 8. September beraten und legt ihre Stellungnahme gemäß §28 (4) des Organisationsstatuts fristgemäß den Delegierten und den antragstellenden Organisationsgliederungen vor.

Für den Inhalt der Anträge sind die jeweiligen Antragstellenden verantwortlich.

Die Antragskommission hat am 8. September ebenfalls über die Initiativanträge des SPD Parteivorstandes an den Parteikonvent 2014 beraten und Stellungnahmen verfasst. Diese sind zur Vorbereitung als Anlage zum Antragsbuch beigefügt.

Digitale Gesellschaft

DiGe 1

Landesorganisation Bremen

Netzneutralität bewahren

Wir sind gegen ein Mehr-Klassen-Internet und für echte Netzneutralität. Dies bedeutet für uns auch, dass sich Anbieter von Diensten im Internet keine Bevorzugung von den Providern erkaufen können. Wir fordern deshalb ein Bekenntnis zur Netzneutralität durch die EU hinsichtlich der folgenden Punkte:

Die grundsätzliche Gleichbehandlung aller Datenpakete unabhängig von Inhalt, Dienst, Anwendung, Herkunft oder Ziel.

Das künstliche Verlangsamen, Benachteiligen oder Blockieren von Inhalten, Diensten oder Diensteanbietern durch den Provider muss verhindert werden.

Auch supranationale Verträge, wie zum Beispiel TTIP dürfen die Netzneutralität nicht einschränken.

Dafür bedarf es auch einer Überarbeitung der EU-Verordnung (über Maßnahmen zum europäischen Binnenmarkt, der elektronischen Kommunikation und zur Verwirklichung des vernetzten Kontinents) durch den Ministerrat zur Netzneutralität.

Netzneutralität bewahren

Das Anliegen des Antrags ist Teil des vom Parteivorstand initiierten Programmprozesses für eine „Digitale Gesellschaft“. Dieser soll mit einem Beschluss zum Bundesparteitag 2015 enden. Der Antrag wird daher an den Programmbeirat Digitale Gesellschaft überwiesen und zum BPT 2015 wieder aufgerufen.

DiGe 2

Ortsverein Butjadingen (Bezirk Weser-Ems)

NSA-Affäre: Schutz unserer Rechte und der Verfassung

Die NSA und Spionageaffäre ist nicht nur in aller Munde, sondern wird auch mit großer Besorgnis in unseren Herzen bewegt. Durch das Abhören und die unbegrenzte elektronische Bespitzelung unserer Bürger und unserer Verfassungsorgane durch die USA/NSA findet ein systematischer Angriff auf unsere Grundrechte und unsere Verfassung statt.

Die Abgeordneten der Bundestagsfraktion werden dazu aufgefordert, auch vor dem Hintergrund „Demokratie muss erkämpft werden“, sich mit aller Kraft dem vom Grundgesetz von Ihnen verlangten Schutz unserer Rechte und der Verfassung zu widmen.

Bitte setzt durch:
dass alle Fakten bezüglich der NSA-Spionage-

NSA-Affäre: Schutz unserer Rechte und der Verfassung

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

- Affäre aufgedeckt und öffentlich werden (Asylrecht und Vernehmung von Snowden in Deutschland), damit nicht der Eindruck entsteht, die Regierung mache sich zum Komplizen der Geheimdienste, und drängen Sie darauf, dass die Bundesregierung mit offenen Visier und Rückgrat die Gespräche mit den USA führt.
- 20
- 25 Diese Gespräche müssen zeitnah geführt werden und nicht auf z.B. mehrjährig verspätete Endberichte des NSA-Untersuchungsausschusses verschoben werden, in der Hoffnung, die Übergriffe klein reden zu können.
- 30 Bei Erfolglosigkeit der Gespräche setzen Sie sich dafür ein, dass alle rechtlichen (der *Generalbundesanwalt* beim Bundesgerichtshof ist auf dem Gebiet des Staatsschutzes die oberste Strafverfolgungsbehörde der Bundesrepublik),
- 35 politischen (Aussetzung von Vertragsverhandlungen etc.) und vor allen Dingen auch technisches Mittel (vom Staat durchgesetzte Verschlüsselung aller Daten etc.) angewandt werden, uns vor diesen Übergriffen auf unsere
- 40 Rechte zu schützen.

DiGe 3

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen

Maßnahmen für einen digitalen Grundrechtsschutz

Nicht erst seit den Enthüllungen Snowdens gibt es eine höhere Sensibilität der Menschen bezüglich des Schutzes ihrer Daten, besonders im Rahmen der Nutzung des Internets.

- 5 Bereits im Februar 2008 stellte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) klar, dass im Informationszeitalter aus dem Grundrecht jedes Menschen auf Leben und körperliche Unversehrtheit auch eine Schutzpflicht des Staates
- 10 auf die „Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme“, also ein digitales Grundrecht, entsteht. Die mittlerweile umfassend praktizierte Speicherung und Nutzung der Daten von Bürgerinnen und Bürgern „könne
- 15 die Erstellung aussagefähiger Persönlichkeits- und Bewegungsprofile praktisch jeden Bürgers ermöglichen“. Dies gilt auch und insbesondere für die Nutzung der persönlichen Daten durch private Unternehmen.
- 20 Alleine die bereits bestehenden Missbrauchsmöglichkeiten sind geeignet, „ein diffus bedrohliches Gefühl des Beobachtetseins

Maßnahmen für einen digitalen Grundrechtsschutz

Das Anliegen des Antrags ist Teil des vom Parteivorstand initiierten Programmprozesses für eine „Digitale Gesellschaft“. Dieser soll mit einem Beschluss zum Bundesparteitag 2015 enden. Der Antrag wird daher an den Programmbeirat Digitale Gesellschaft überwiesen und zum BPT 2015 wieder aufgerufen.

hervorzurufen, das eine unbefangene
Wahrnehmung der Grundrechte in vielen
25 Bereichen beeinträchtigen kann“, so das BVerfG.
Bereits 2008 kritisiert das BVerfG ein Fehlen an
Datensicherheit und an einer ausreichenden
Begrenzung der Verwendungszwecke sowie an
30 Transparenz und Rechtsschutzmöglichkeiten. Die
Schutzfunktion des Staates schließt nach
Feststellung des BVerfG die Aufgabe ein, gezielte
Maßnahmen zu ergreifen, um die Verletzung von
Rechtsgütern über die Nutzung von Daten aus dem
Internet zu verhindern und sie aufzuklären.
35 Dies gilt auch und insbesondere im Bereich der
privaten Nutzung des Internets.
Soziale Netzwerke sind heute ein immer wichtiger
werdender und aus den Kommunikationsmedien
nicht mehr wegzudenkender Bestandteil eines
40 globalisierten Miteinanders. Viele Unternehmen im
Bereich der sozialen Netzwerke bieten ihre Dienste
als kommunikative Plattformen ausschließlich den
Nutzern und Nutzerinnen an, die einer
bedingungslosen und umfassenden Nutzung ihrer
45 Daten zustimmen. Solche verbraucherfeindlichen
Geschäftsbedingungen, wie z. B. von facebook
genutzt, lassen die Nutzerinnen und Nutzer im
Unklaren, welche ihrer Daten gespeichert und wie
diese genutzt werden.
50 Eine solche Ausnutzung der Marktrechte ist
inakzeptabel.
Die Bundesregierung ist aufgefordert, sich nun
endlich auf europäischer Ebene wie auch
international für die Sicherstellung des digitalen
55 Grundrechtsschutzes einzusetzen und Maßnahmen
zu ergreifen, die die Vertraulichkeit der
Kommunikation und den Schutz der Privatsphäre
im Internet gewährleisten. Die Bürgerinnen und
Bürger alleine entscheiden, ob und welche Daten
60 von Unternehmen genutzt und weitergegeben
werden können und dürfen, solange und soweit es
keine rechtliche Grundlage für eine Weitergabe der
Daten gibt, z. B. im Rahmen strafrechtlicher
Vorschriften.
65 Wir fordern daher eine Regelung in der
Datenschutzverordnung (DatenschutzVO) der EU,
die es Unternehmen strafbewehrt verbietet, Daten
ihrer Kundinnen und Kunden weiterzugeben, wenn
für die Weitergabe keine ausdrückliche
70 Einwilligung vorliegt.
Wir fordern klare Regelungen auf europäischer
Ebene, die den Nutzern und Nutzerinnen die
Einwilligung zur Datenspeicherung, zur
Datenweitergabe, mit Beschränkung von
75 Reichweite und Dauer der Zustimmung als Option
alleine zugesteht und überlässt. Dies beinhaltet
notwendig auch eine gesetzliche Pflicht der

- Unternehmen zur Offenlegung über die Nutzung der Daten.
- 80 Zur Durchsetzung und zum Schutz dieser Verbraucher_innen- und Nutzer_innenrechte fordern wir die gesetzliche Verankerung eines unabdingbaren eigenständiger Anspruchs auf Auskunft und Unterlassens bei unberechtigter
- 85 Datenweitergabe und Sanktionen im Falle des Datenmissbrauchs.

Demokratie

Dem 1

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen

25 Jahre Mauerfall: Es wird Zeit für gemeinsames weibliches Leben!

- In Folge des Zweiten Weltkriegs zerfiel Deutschland in Ost und West. Mit dem Bau der Mauer vor über 50 Jahren wurde die Grenze unüberwindlich. Mit der Ostpolitik Willy Brandts machte die Annäherung zunächst vorsichtige Schritte von West nach Ost möglich. Vor 25 Jahren öffnete sich die innerdeutsche Grenze auch von Ost nach West.
- 5
- 10 Damit trafen zwei deutsche Staaten aufeinander, die unterschiedlicher nicht sein konnten. Die DDR und die Bundesrepublik hatten sich auch bei den Geschlechterrollen in unterschiedliche Richtungen entwickelt. Auf der einen Seite das Leitbild der
- 15 voll erwerbstätigen Frau und Mutter, auf der anderen Seite das Leitbild der Ehefrau und Mutter, die im besten Fall zum Familieneinkommen dazu verdienen sollte.
- 20 Jeweils ideologisch untersetzt sahen dann auch das gesellschaftliche und politische Umfeld und die jeweiligen Rahmenbedingungen für weibliches Leben in Ost und West aus. In Westdeutschland etablierte sich das Wort der ‚Rabenmutter‘ für Frauen, die der gesellschaftlich zugewiesenen
- 25 Rolle nicht nachgehen bzw. selbstbestimmt arbeiten und leben wollten. Erschwert wurde dieser Wunsch allerdings durch das minimal bis gar nicht vorhandene Betreuungsangebot für Kinder im Vorschulalter, von Hortbetreuung ganz zu
- 30 schweigen. In Ostdeutschland dagegen wurde die Berufstätigkeit der Frau als progressives Leitbild vorgegeben und mit guten Rahmenbedingungen der Ganztagskinderbetreuung ausgestattet. An der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung im Alltag

25 Jahre Mauerfall: Es wird Zeit für gemeinsames weibliches Leben!

Erledigt durch Annahme der „Resolution anlässlich der Friedlichen Revolution und des Wiedererstehens der Sozialdemokratischen Partei in der damaligen DDR vor 25 Jahren“ in der Fassung der Antragskommission.

35 änderte dies jedoch auch im sozialistischen Staat
wenig – die Frau war für Haushalt und Kinder
zuständig.

Eine unrühmliche Debatte wurde nach der
Wiedervereinigung um den
40 Schwangerschaftsabbruch und den § 218 StGB
geführt. Die Frauen in Ost und West ahnten, dass
es dabei nicht bleiben würde...

Nach dem Mauerfall brachen in Ostdeutschland
45 viele Arbeitsplätze weg, insbesondere Frauen
wurden in die Arbeitslosigkeit geschickt, die aber –
sehr zum Missfallen einiger männlicher Politiker
aus dem Westen – auf der Selbstverständlichkeit
der eigenen Erwerbstätigkeit, der eigenen
50 Existenzsicherung beharrten. Auch die etablierten
Kinderbetreuungsangebote wurden zunächst
infrage gestellt und teilweise abgebaut. Es begann
gerade in den nun meist konservativ regierten
55 „neuen Ländern“ eine Anpassung an das
westdeutsche Leitbild der „Ehefrau und Mutter“.
Dies geschah ungeachtet der Tatsache, dass die
Familienformen in Ostdeutschland bis heute (mit
steigender Tendenz) sich nicht nur zu allererst auf
60 die Ehe stützen. Die Anzahl der nicht-ehelich
geborenen Kinder ist unweit höher, die Anzahl der
alleinerziehenden Frauen und nicht-ehelichen
Lebensgemeinschaften nimmt in Ostdeutschland
einen viel höheren Anteil ein als in den
westdeutschen Ländern.

65 Die weiblichen Biografien in Ost-und
Westdeutschland waren und sind noch heute sehr
unterschiedlich – das darf für keine Frau ein
Nachteil sein. Es muss ab sofort gelingen, ohne
70 ideologische Scheuklappen infrastrukturelle
Angebote wie Kinderbetreuung zu etablieren oder
die Rolle der Erwerbstätigkeit von Frauen als
Selbstverständlichkeit zu postulieren.

-Wir stehen für eine wirkliche Wahlfreiheit für
75 Frauen, wie sie ihr Leben gestalten – in Ost und
West!

-Wir stehen für eine Akzeptanz der
unterschiedlichen Biografien und fordern ein
Schließen der Rentenlücke von Frauen durch
80 Unterbrechen der Erwerbstätigkeit – in Ost und
West!

-Wir stehen für eine Angleichung der weiblichen
Lebens- und Arbeitsverhältnisse in Ost und West!

-Wir sehen klar die Notwendigkeit mehr Dialog-
und Gesprächsräume zu bieten, um Frauen
85 unterschiedlicher Generationen in Ost und West
mehr miteinander ins Gespräch zu bringen.

-Wir sehen auch: Egal, wo eine Frau geboren ist,
alle Wege müssen ihr offen stehen.

Themenübergreifende Anträge

ThA 1

Unterbezirk Hildesheim (Bezirk Hannover)

Handlungsbedarf bei Stromschulden

- 5 Die SPD ist besorgt über die zunehmende Problematik der Stromschulden und setzt sich ein für
- 10 - eine gesetzliche Verankerung des Verbots der Stromabschaltung im Winterhalbjahr (Sept. – März)
- eine gesetzliche Verankerung des Verbots der Stromabschaltung für Familien mit Kindern unter 14 Jahren
- 15 - eine Bereitstellung eines pre-paid Modells mit kleinen Beträgen von allen Stromanbietern für die Fälle, in denen sich Stromschulden angehäuft haben oder sich anzuhäufen drohen.

Handlungsbedarf bei Stromschulden

(überwiesen vom a.o. Parteikonvent am 27.9.2013 an den nächsten Parteikonvent)

Annahme in geänderter Fassung

Die SPD ist besorgt über die zunehmende Problematik der Stromschulden. [...]

Wir wollen Regelungen für einen besseren Schutz der Verbraucher vor Strom- und Gassperren durch die Bereitstellung eines Prepaid-Modells von allen Stromanbietern für die Fälle, in denen sich Stromschulden angehäuft haben oder anzuhäufen drohen. Dabei stehen Verbrauchernutzen und Datensicherheit im Mittelpunkt. Die Investitionskosten müssen in angemessenem Verhältnis zu den Zielen stehen.

ThA 2

Kreisverband Karlsruhe Stadt (Landesverband Baden-Württemberg)

Energiewende nicht in Gefahr bringen – Für eine Nachbesserung der EEG-Novelle

- In einer zunehmend von Gewinninteressen bestimmten Welt ist die Bewahrung einer lebensfreundlichen Umwelt für uns, unsere Kinder und Enkelkinder und alle Mitmenschen die wichtigste Menschheitspflicht.
- 5

- Klimawandel, Atommüll, und die drohenden Kriege um die zu Ende gehenden Kohle-, Erdgas- und Erdölvorkommen lassen der Menschheit keine andere Wahl als schnelle Umstellung der Energieversorgung auf heimische Erneuerbare Energien und Energiespeicher.
- 10

- Wir sind vor diesem Hintergrund besorgt um das Erbe der von Rot-Grün eingeleiteten Energiewende. Ca. 50.000 Arbeitsplätze bei der Solarindustrie und im Solarhandwerk sind bereits mit Wissen und Wollen der alten schwarz-gelben Bundesregierung in den vergangenen Jahren
- 15

Energiewende nicht in Gefahr bringen – Für eine Nachbesserung der EEG-Novelle

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

- 20 verloren gegangen. Die jetzt beschlossene EEG-Novelle birgt die Gefahr weiterer Arbeitsplatzverluste in diesem wichtigen Zukunftssegment.
- 25 Wir fordern eine Nachbesserung der EEG-Novelle und eine Kurskorrektur bei der Energiewende in folgenden Punkten:
- 30 1. Rückgängigmachung der Umstellung auf ein Ausschreibungsmodell und der Selbstvermarktung des alternativen Stroms.
- 35 2. Einstellung der unsinnigen Subventionierung von Kohlestromexporten durch die EEG-Umlage und der massiven zusätzliche Verstromung von Braunkohle.
- 40 3. Beschleunigter Ausbau der regenerativen Stromerzeugung.
- 45 4. Reduzierung der Energiewende-Kosten durch z.B. Reduzierung der Vergütung von Offshore-Anlagen oder Abschöpfung des Wertes des regenerativen Stroms, der an der Börse nicht realisiert wird (Merit-Order-Effekt). Die Abschöpfung des Merit-Order-Effekts würde gleichzeitig die massive Subventionierung klimaschädlicher Exporte deutschen Kohlestroms über die EEG-Umlage und die Wettbewerbsverzerrungen durch subventionierte niedrige Strompreise zu Gunsten der energieintensiven deutschen Industrie abschaffen.
- 50 5. Keine Besteuerung des Eigenverbrauchs von selbsterzeugtem regenerativem Strom.
6. Wiedereinführung des Repoweringbonus.

ThA 3

Unterbezirk Ebersberg (Landesverband Bayern)

Weiterentwicklung des EEG V 2.1

1. Der §3 Ausbaupfad im Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG 2014 wird gestrichen.

Weiterentwicklung des EEG V 2.1

- Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

- 5 Es ist unverständlich, dass sich zukünftig erneuerbare Energien am Markt behaupten sollen, andererseits aber mit dem Ausbaukorridor (atmender Deckel) auf ein planwirtschaftliches Instrument gesetzt wird. Gerade für Bürgerprojekte sind sichere und kalkulierbare Rahmenbedingungen eine wichtige Voraussetzung. Der Ausbaukorridor schafft – bei Planungszeiträumen von mehreren Jahren – lediglich Unsicherheit, ohne eine echte steuernde Wirkung zu entfalten.
- 10

15 2. Statt des Ausbaupfades wird eine anlagenbezogene Deckelung der Einspeisevergütung eingeführt.

20 Ein anderer denkbarer Ansatz wäre die Vergütung von Wind- und Sonnenstrom bei direkter Einspeisung ins Netz in Abhängigkeit von der Anlagenleistung zu deckeln. Das heißt, es werden Referenzerträge für Windenergie- und Fotovoltaik-Anlagen im Bezug ihrer jeweiligen Leistung
25 definiert. Über diese Referenzerträge hinausgehende Strommengen werden nur noch in Verbindung mit der Installation von Pufferspeichern vergütet. Allerdings könnte man darüber nachdenken beim Einsatz von Speichern
30 dann noch ein Bonus an die Anlagenbetreiber zu zahlen. Diese Maßnahmen würden eine Überförderung verhindern, das Stromangebot verstetigen, für eine notwendige gleichmäßigere bundesweite Verteilung der Anlagen sorgen und
35 den mittelfristig dringend notwendigen Einsatz von Speichertechnologien fördern.

40 3. Es werden bessere Rahmenbedingungen zur möglichst regionalen Direktvermarktung von Ökostrom geschaffen.

45 Erneuerbare Energien müssen und können sich in absehbarer Zeit am Markt behaupten. Das ist bei fairen Rahmenbedingungen durchaus möglich. Für hochspezialisierte Vermarktungsunternehmen sind kleinere Bürgerenergie-Akteure allerdings wenig attraktiv. Im Vergleich zu großen
50 Energiekonzernen werden ihnen schlechtere Konditionen angeboten und dadurch besteht die Gefahr, dass sie sich im Markt erst gar nicht etablieren können.

Es wäre dringend notwendig bessere Rahmenbedingungen für Gemeinde-, Stadt-, oder Regionalwerke zur Übernahme der Stromnetze zu
55 schaffen. Stromerzeugung, -verteilung und -versorgung sollten möglichst durch regionale Akteure erfolgen, die im Sinne der Bürger agieren. Diese Akteure können auf Augenhöhe verhandeln und faire Verträge untereinander abschließen. Auf
60 dieser Basis würde eine Direktvermarktung besser funktionieren.

Der Anfang 2010 eingeführte Wälzungsmechanismus hat dazu geführt, dass
65 erneuerbarer Strom fast ausschließlich an der Strombörse gehandelt wird. Da allerdings mit der Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien an der Stromproduktion die fossile und atomare Stromerzeugung nicht entsprechend zurück

- 70 gefahren wurde, sind die Börsenpreise deutlich
gesunken. Die gesunkenen Börsenpreise werden
leider nicht an die Privatkunden weitergegeben.
Allerdings hat sich die EEG-Umlage (Differenz
zwischen Einspeisevergütung und Börsenpreis)
75 damit drastisch erhöht und wirkt sich leider direkt
auf die Strompreise aus. Neben dem
Industrieprivileg ist der sinkende Börsenstrompreis
der zweite wesentliche Steigerungsfaktor der EEG-
Umlage.
- 80 Auf diese Entwicklung muss reagiert werden. Ein
vernünftig weiterentwickeltes Grünstromprivileg
könnte dafür sorgen, dass echter regional erzeugter
Ökostrom möglichst direkt vom Erzeuger zum
Verbraucher geliefert werden kann, im Sinne einer
85 vernünftigen dezentralen Energieversorgung.

4. Das Industrieprivileg wird so verändert, dass die
EEG-Umlage-Befreiung/-Reduzierung im Rahmen
ihrer Laufzeit kontinuierlich abgesenkt wird, falls
90 keine Maßnahmen zur Effizienzsteigerung und zur
Energieeinsparung umgesetzt werden.

- Es ist richtig, dass stromintensive Unternehmen,
die im internationalen Wettbewerb stehen, eine
95 zum Teil deutlich reduzierte EEG-Umlage zahlen.
Allerdings kann das kein Dauerzustand sein, der
noch dazu wesentlich für den starken Anstieg der
EEG-Umlage verantwortlich ist.
- Weitere wichtige Aspekte der Energiewende sind
100 Effizienzsteigerung und Energieeinsparung. Gerade
bei energieintensiven Unternehmen macht es
großen Sinn in diesen Bereichen etwas zu tun.
Werden von den Unternehmen keine
entsprechenden Maßnahmen umgesetzt, erfolgte
105 eine jährliche kontinuierliche Absenkung der EEG-
Umlage-Befreiung/-Reduzierung. Werden
allerdings entsprechende Maßnahmen umgesetzt,
wird die EEG-Umlage-Befreiung/-Reduzierung in
ihrer ursprünglichen Höhe weiter gewährt. Durch
110 dieses Vorgehen wird ein zusätzlicher Anreiz
geschaffen, Maßnahmen zur Effizienzsteigerung
und zur Energieeinsparung umzusetzen.

5. Auf Ausschreibungen zur Ermittlung der
115 Fördersätze zur Vergütung von Strom aus
erneuerbaren Energien wird verzichtet.

- Für private Investoren sind
120 Ausschreibungsverfahren ein großes Problem. Sie
können bei weitem nicht so riskant kalkulieren wie
große Unternehmen. Es besteht deshalb die Gefahr,
dass sie aus dem Markt gedrängt werden. Gerade
Bürgerenergiegenossenschaften und private

- 125 Investoren waren bisher die Garanten für die
Energiewende. Sie als Akteure zu verlieren hätte
katastrophale Folgen.
Die Kombination aus Ausbaurridor und
Ausschreibungen entspricht dem klassischen
- 130 Quotenmodell, das sich in den Ländern in denen es
eingeführt wurde in der Praxis leider nicht bewährt
hat. Dort wurden von großen Stromkonzernen
lediglich die Quoten abgeschöpft, der Ausbau der
erneuerbaren Energien kam zum Erliegen und die
- 135 Strompreise sind dort stärker gestiegen als bei uns.
Die Ankündigung von Ausschreibungsverfahren
für das Jahr 2017 führt bereits jetzt zu einer starken
Verunsicherung in der Projektentwicklung. Bei
Windenergieanlagen muss mit Planungszeiten von
- 140 3 bis 5 Jahren gerechnet werden in denen mehrere
100.000 Euro Kosten anfallen können.
Insbesondere Bürgerunternehmen können hier
nicht mit Risikokapital in Vorleistung gehen, auf
die Gefahr hin, dass sie bei einer Ausschreibung
- 145 nicht zum Zuge kommen. Auf
Ausschreibungsverfahren sollte deshalb verzichtet
werden und dafür faire Bedingungen für eine
Direktvermarktung geschaffen werden.
- 150 6. Für eigenverbrauchten Strom aus erneuerbaren
Energien wird keine EEG-Umlage erhoben.
- Den Eigenverbrauch mit der EEG-Umlage zu
belasten ist völlig unverständlich. Für
- 155 eigenverbrauchten Strom wird keine
Einspeisevergütung gezahlt, das heißt er hat
keinerlei direkte finanzielle Auswirkung auf die
EEG-Umlage. Der Effekt, dass dadurch die EEG-
Umlage auf mehr Schultern verteilt wird, schlägt
- 160 lediglich mit einem Entlastungseffekt von ca. 75
Cent pro Jahr für einen Durchschnittshaushalt zu
Buche.
Wesentlich sinnvoller wäre es zukünftig auch
- 165 Projekte, bei denen Strom dezentral erzeugt und
von den Mietern eines Wohnblocks direkt
verbraucht wird, im Sinne eines Eigenverbrauchs
zu unterstützen. Das könnte zu einer
Kostenentlastung von Mietern beitragen. Gerade
Wohnblocks eignen sich oft sehr gut für größere
- 170 Fotovoltaik-Dachanlagen.
Ein hoher Eigenverbrauchsanteil führt zudem zur
Entlastung der Stromnetze. Dadurch können
unnötige Ausbaurkosten vermieden werden.

ThA 4

Bezirk Hessen-Nord

Erdgasfracking

Erdgasfracking

1. Der SPD-Parteikonvent begrüßt den Vorstoß von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und Bundesumweltministerin Barbara Hendricks die Rechtsgrundlage für das sogenannte „Erdgasfracking“ deutlich zu verschärfen und dem Schutz des Trinkwassers absolute Priorität einzuräumen. Insbesondere die Punkte der frühzeitigen Kommunalbeteiligung, der verpflichtenden Umweltverträglichkeitsprüfung, der Beweislastumkehr sind die unabdingbare Vorgehensweise.
2. Der SPD-Parteikonvent spricht sich für ein faktisches Frackingverbot für Gas aus Schiefergestein (unkonventionelles Erdgas) aus. Eine Beschränkung des Verbots nur für Gesteinsschichten oberhalb von 3.000 Metern, wie es das Eckpunktepapier der beiden Bundesministerien vorsieht, ist nicht ausreichend, da Schiefergesteinsschicht bis zu 6.000 Meter in die Tiefe reicht.
- Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion zur weiteren Beratung auf Grundlage des Eckpunktepapiers beider Bundesministerien (BMWI und BMUB)

Antragsbereich ThA/ Antrag 5

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen

Risiken von Fracking machen vor Grenzen keinen Halt

- Entlang der niederländischen Grenze nach Deutschland wird aktuell über Fracking nachgedacht. Aufgrund der aktuellen wissenschaftlichen Datenlage ist „Fracking“ unverantwortlich. Die Förderung unkonventionellen Erdgases in Form des „Frackings“ birgt viele Risiken. Dazu gehören vor allen Dingen die Belastung des Grund- und Trinkwassers, die Zerstörung der Landschaft und der hohe Flächenverbrauch. Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat sich bereits mit einem einstimmigen Votum gegen mögliche Fracking-Vorhaben der Niederlande entlang der Grenze zu Nordrhein-Westfalen gestellt. Auch die Bundesumweltministerin Barbara Hendricks verurteilt die Fracking-Pläne der Niederlande und bezeichnet diese als inakzeptabel. Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, die im Koalitionsvertrag dargestellten Ausführungen endlich umzusetzen und kurzfristig Änderungen für einen besseren Schutz des Trinkwassers im

Risiken von Fracking machen vor Grenzen keinen Halt

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion zur weiteren Beratung auf Grundlage des Eckpunktepapiers beider Bundesministerien (BMWI und BMUB) in folgender Fassung:

Entlang der niederländischen Grenze nach Deutschland wird aktuell über Fracking nachgedacht. Aufgrund der aktuellen wissenschaftlichen Datenlage ist „Fracking“ unverantwortlich. Die Förderung unkonventionellen Erdgases in Form des „Frackings“ birgt viele Risiken. Dazu gehören vor allen Dingen die Belastung des Grund- und Trinkwassers, die Zerstörung der Landschaft und der hohe Flächenverbrauch. Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat sich bereits mit einem einstimmigen Votum gegen mögliche Fracking-Vorhaben der Niederlande entlang der Grenze zu Nordrhein-Westfalen gestellt. Auch die Bundesumweltministerin Barbara Hendricks verurteilt die Fracking-Pläne der Niederlande und bezeichnet diese als inakzeptabel.

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, die im Koalitionsvertrag dargestellten Ausführungen endlich umzusetzen und kurzfristig Änderungen für einen besseren Schutz des Trinkwassers im Wasserhaushaltsgesetz sowie eine Verordnung über die

- 30 Wasserhaushaltsgesetz sowie eine Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) bergbaulicher Vorhaben vorzulegen, die vor Zulassung von Maßnahmen zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten mittels Fracking eine obligatorische UVP und Öffentlichkeitsbeteiligung vorsehen.
- 35 Darüber hinaus wird die SPD-Bundestagsfraktion aufgefordert, in dem Prozess der Beteiligung auch die europäischen Nachbarstaaten mit einzubeziehen. [...]
- 40 Wir fordern Sigmar Gabriel auf, alle Bestrebungen hinsichtlich Frackings mit sofortiger Wirkung einzustellen und sich an bestehende Vereinbarungen zu halten.
- Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) bergbaulicher Vorhaben vorzulegen, die vor Zulassung von Maßnahmen zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten mittels Fracking eine obligatorische UVP und Öffentlichkeitsbeteiligung vorsehen. Darüber hinaus wird die SPD-Bundestagsfraktion aufgefordert, in dem Prozess der Beteiligung auch die europäischen Nachbarstaaten mit einzubeziehen. [...]

ThA 6

Ortsverein Schnelsen (Landesorganisation Hamburg)

Die kommunale Selbstverwaltung stärken bei Konzessionsvergabeverfahren

Die SPD fordert die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag auf, die historisch und gesetzessystematisch bestehende Entscheidungsfreiheit der Kommunen bei der Vergabe von energiewirtschaftlichen Wegenutzungsverträgen zu präzisieren und zu festigen durch die folgenden beiden Modifikationen im EnWG:

- 5 (1) § 46 Abs. 3 Satz 5 EnWG ändern in "*Bei der Auswahl des Unternehmens ist die Gemeinde verpflichtet, die Ziele des § 1 in ihre Entscheidung mit einzubeziehen.*"
- 10 (2) § 46 Abs. 4 EnWG ändern in „*Der Absatz 2 findet für Eigenbetriebe der Gemeinden entsprechende Anwendung.*"
- 15 (3) *Die Verjährungsfristen für Mängelrügen am Verfahren und für mögliche Einspruchsgründe sollen denjenigen im öffentlichen Vergaberecht angeglichen werden durch Verweis auf die dort spezifizierten Regelungen.*
- 20 (4) *In das EnWG § 46 wird ein neuer Absatz eingefügt, der die Kaufpreisermittlung klar regelt und zwar mit einem Verweis auf den angemessenen Kaufpreis im Sinne der Bundesnetzagentur.*
- 25

Die kommunale Selbstverwaltung stärken bei Konzessionsvergabeverfahren

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

ThA 7

Ortsverein Schnelsen (Landesorganisation Hamburg)

Reformvorschlag CO2-Zertifikatehandel: Reformvorschlag CO2-Zertifikatehandel:

Wiederherstellung der Steuerungswirkung

Die SPD fordert die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag auf, den CO₂-Zertifikatehandel grundlegend zu reformieren und dazu eine entsprechende politische Initiative auf EU-Ebene mit Nachdruck zu starten mit den folgenden Zielsetzungen:

5

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

A. Kurzfristig

- 10 1.Festsetzung einer jährlich steigenden Preisuntergrenze für CO₂-Verschmutzungsrechte von 25 EUR/t im Jahr 2015 auf 70 EUR/t im Jahr 2030.
- 15 2.Wechsel von zentraler behördlicher Mengenvorgabensteuerung hin zu einem automatischen Rückkopplungsmechanismus: Sobald der Börsenpreis sich unter 25 EUR (Wert für 2015) bewegt, werden automatisiert Zertifikate von der Börse genommen von einer staatlichen Clearingstelle, die automatisiert am Börsenhandel teilnimmt. Gleichzeitig wird die Neuausgabe gestoppt solange, bis der Börsenpreis wieder oberhalb von EUR 25 EUR liegt.
- 20 Börsenunabhängige OTC-Geschäfte mit CO₂-Zertifikaten werden verboten oder
- 25 anzeigepflichtig gestellt und ein gesetzlicher Mindestpreis festgeschrieben für OTC.
- 30 3.Aufhebung der Möglichkeit eines CO₂-Emissionausgleichs in Ländern, die nicht am System teilnehmen.
- 30 4.Jährliche Anhebung der Carbon Leakage Schwellwerte um 2% und Überprüfung der betroffenen Sektoren und Teilsektoren alle 2 Jahre.

B. Mittelfristig

- 35 5.Einbeziehung der Landwirtschaft in die Regulierungsperiode 4 ab 2020.
- 40 6.Sonderregelungen für KWK für Anlagen oberhalb 20 MW schrittweise zurückfahren, um die dezentrale und erneuerbare Wärmeerzeugung zu fördern.

ThA 8

Ortsverein Schnelsen (Landesorganisation Hamburg)

Wind und Photovoltaik flankieren durch flexiblere Erzeugung und flexibleren Verbrauch

Handlungsbedarf beim weiteren Ausbau der Stromerzeugung aus Wind- und Sonnenenergie. Bei der laut Bundeswirtschaftsministerium ab

Wind und Photovoltaik flankieren durch flexiblere Erzeugung und flexibleren Verbrauch

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

- dem Herbst 2014 anstehenden Diskussion über die ordnungsrechtliche Weiterentwicklung des deutschen und europäischen Stromversorgungssystems setzt sich der Senat der Stadt Hamburg im Bundesrat und die SPD-Landesorganisation Hamburg in der SPD-Bundestagsfraktion und beim SPD-geführten Bundeswirtschaftsministerium aktiv dafür ein, daß statt der Einführung von neuen Subventionszahlungen (z.B. in Form von „Kapazitätsmechanismen“) zunächst alle Möglichkeiten der Flexibilisierung aller Teilnehmer im Stromversorgungssystem aktiviert und genutzt werden und ggf. bestehende Hemmnisse und Fehlanreize beseitigt werden. Bei der Ausgestaltung sind dezentrale Flexibilisierungen neuen zentralen Einheiten vorzuziehen, damit der Trend zur Akteursvielfalt weiter unterstützt und die regionale Wertschöpfung weiter gestärkt wird. Sollten zusätzliche Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit notwendig werden, sind kurzfristig bindende Maßnahmen (wie z.B. die „Strategische Reserve“) langfristig bindenden Maßnahmen (wie z.B. „Kapazitätsmechanismen) vorzuziehen, damit die technische und wirtschaftliche Weiterentwicklung nicht blockiert wird.

ThA 9

Themenforum Verbraucherpolitik

Digitale Datenbank Verbraucherforschung endlich errichten

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz wird aufgefordert, noch im Jahr 2014 die Errichtung einer digitalen Datenbank Verbraucherforschung einzuleiten.

5

Digitale Datenbank Verbraucherforschung [...] errichten

Annahme in geänderter Fassung

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz wird aufgefordert, **sich** noch im Jahr 2014 **für** die Errichtung einer digitalen Datenbank Verbraucherforschung einzusetzen.

ThA 10

Themenforum Verbraucherpolitik

Verbesserte Auskunftsrechte von Verbrauchern

Immer mehr Verbraucherinnen und Verbrauchern ist heute bewusst, dass sie täglich vor Einkäufen und bei fast jedem Vertragsabschluss gerastert, auf ihr bisheriges Verhalten als Marktteilnehmer, aber auch auf Merkmale wie ihren Wohnort hin geprüft und

5

Verbesserte Auskunftsrechte von Verbrauchern

Annahme in geänderter Fassung:

Immer mehr Verbraucherinnen und Verbrauchern ist heute bewusst, dass sie täglich vor Einkäufen und bei fast jedem Vertragsabschluss gerastert, auf ihr bisheriges Verhalten als Marktteilnehmer, aber auch auf Merkmale wie ihren Wohnort hin geprüft und

- | | | | |
|----|---|----|--|
| 10 | dann in entsprechende Schubladen sortiert werden. Sogenannte Scoring-Werte zur Bonitätseinschätzung sind für Anbieter von Waren oder Dienstleistungen wichtige Hinweise zur Wahrscheinlichkeit eines Zahlungsausfalles seitens der Kunden. Verbraucherinnen und Verbraucher können ihren Scoring-Wert abfragen, werden aber über dessen Zustandekommen nicht zufriedenstellend aufgeklärt. | 10 | dann in entsprechende Schubladen sortiert werden. Sogenannte Scoring-Werte zur Bonitätseinschätzung sind für Anbieter von Waren oder Dienstleistungen wichtige Hinweise zur Wahrscheinlichkeit eines Zahlungsausfalles seitens der Kunden. Verbraucherinnen und Verbraucher können ihren Scoring-Wert abfragen, werden aber über dessen Zustandekommen nicht zufriedenstellend aufgeklärt. |
| 15 | Ein schlechter Scoring-Wert, den man sich nicht erklären kann, ist im Kleinen ärgerlich – wenn beispielsweise bei einem Onlinehändler nur per Vorkasse gezahlt werden kann. Im Großen wird er aber existenziell – zum Beispiel wenn aufgrund eines schlechten Score-Wertes kein Kredit zum Immobilienkauf bewilligt wird oder ein Mietvertrag nicht zustande kommt. | 15 | Ein schlechter Scoring-Wert, den man sich nicht erklären kann, ist im Kleinen ärgerlich – wenn beispielsweise bei einem Onlinehändler nur per Vorkasse gezahlt werden kann. Im Großen wird er aber existenziell – zum Beispiel wenn aufgrund eines schlechten Score-Wertes kein Kredit zum Immobilienkauf bewilligt wird oder ein Mietvertrag nicht zustande kommt. |
| 20 | Verbraucherinnen und Verbraucher haben nicht nur einen Anspruch darauf, die Richtigkeit ihrer erfassten Daten zu überprüfen, sondern auch darauf, den für die Berechnung des Score-Wertes zugrunde gelegten Lebenssachverhalt bzw. die einschlägigen Lebenssachverhalte nachzuvollziehen. Die Auskunft über die für die Berechnung genutzten Merkmale sollte daher auch deren Gewichtung umfassen. Diese ist für den Scorewert maßgeblich und daher den Verbraucherinnen und Verbrauchern mitzuteilen. | 20 | Verbraucherinnen und Verbraucher haben nicht nur einen Anspruch darauf, die Richtigkeit ihrer erfassten Daten zu überprüfen, sondern auch darauf, den für die Berechnung des Score-Wertes zugrunde gelegten Lebenssachverhalt bzw. die einschlägigen Lebenssachverhalte nachzuvollziehen. Die Auskunft über die für die Berechnung genutzten Merkmale sollte daher auch deren Gewichtung umfassen. Diese ist für den Scorewert maßgeblich und daher den Verbraucherinnen und Verbrauchern mitzuteilen. |
| 25 | Wir fordern die Klarstellung in § 34 Absatz 4 Satz 1 BDSG, dass bei der Auskunft an den Betroffenen die Gewichtung der zur Berechnung des Score-Wertes verwendeten Datenarten ausdrücklich mit einbezogen wird. Dies kann beispielsweise dadurch geschehen, dass – ohne Prozente anzugeben – die Sachverhalte, die in das Scoringergebnis einfließen, in eine Prioritätenreihenfolge gebracht werden. Auf diese Weise kann jeder Verbraucher erkennen, welche Sachverhalte sich besonders intensiv und welche weniger intensiv auf sein/ihr Scoringergebnis auswirken, ohne dass die entsprechende Auskunft die genaue Berechnungsgrundlage wie etwa einen Logarithmus offenlegen muss. | 25 | [...] |
| 30 | | 30 | |
| 35 | | 35 | |
| 40 | | 40 | |
| 45 | | 45 | |

ThA 11

Themenforum Verbraucherpolitik

Kinder schützen - Werbung beschränken

- 5 Kinder werden von der Wirtschaft umworben, denn sie sind ein vielversprechendes Verbraucherklientel: Sie verfügen über eigenes Geld, sie haben Einfluss auf die Kaufentscheidungen der Erwachsenen, und sie sind die Konsumenten von morgen. Immer früher werden sie zum Zielobjekt für Marketing –

Kinder schützen - Werbung beschränken

Annahme in geänderter Fassung

- Kinder werden von der Wirtschaft umworben, denn sie sind ein vielversprechendes Verbraucherklientel: Sie verfügen über eigenes Geld, sie haben Einfluss auf die Kaufentscheidungen der Erwachsenen, und sie sind die Konsumenten von morgen. Immer früher werden sie zum Zielobjekt für Marketing –

- 10 besonders für Produkte wie Süßigkeiten, Softdrinks, Fastfood. Dabei wird in Deutschland ohnehin zu viel, zu fett, zu salzig und zu süß gegessen, und bereits 15 Prozent der Kinder und Jugendlichen sind übergewichtig. Über sechs Prozent sind sogar fettleibig – mit dramatischen gesundheitlichen Folgen wie Diabetes, Bluthochdruck, Herz-
- 15 Kreislauf-Erkrankungen, Gelenkerkrankungen und andere schwere orthopädische Schäden. Kinder sind besonders manipulierbar: Sie lernen erst ab dem Alter von acht Jahren zwischen Realität und Werbung zu unterscheiden und Werbung kritisch zu beurteilen. Aber bereits Dreijährige erkennen und präferieren Marken.
- 20 Laut Untersuchungen sehen Kinder pro Jahr an die 20.000 Werbespots. Ungesunde Lebensmittel gehören dabei zur Gruppe der meist beworbenen Produkte und werden vor allem in Musik-, Sport- und Kindersendungen präsentiert. Dabei setzt die Werbung bewusst auf den „Quengel-Faktor“. Eltern haben der gezielten Untergrabung ihrer Autorität kaum etwas entgegenzusetzen.
- 25 Kinder brauchen besonderen Schutz. Ihr Verhalten ist leicht beeinflussbar, ihr Körper ist besonders empfindlich. Eltern muss die Sorge für eine gesunde Ernährung ihrer Kinder erleichtert werden. Wo Unternehmen zu wenig Verantwortung zeigen, müssen verbindliche Regelungen her.
- 30
- 35
- Wir fordern:**
- 40 - Werbung und Marketing an Kindertagesstätten und Grundschulen konsequent unterbinden: Das muss auch für Geschenke von Unternehmen an KiTas und für von der Wirtschaft herausgegebene Unterrichtsmaterialien gelten. Denn Eigeninteressen von Unternehmen sind nicht auszuschließen und der Verzicht auf Produkt- oder Markenwerbung nicht gewährleistet.
- 45 - Verbraucherbildung in die Lehrpläne: Anleitung zum kritischen Konsum, Medienerziehung, der Umgang mit persönlichen Daten und die Auseinandersetzung mit Werbestrategien gehören ebenso in den Schulunterricht wie die Grundlagen gesunder Ernährung und der richtige Umgang mit Geld. Dabei muss die Neutralität gewahrt werden, denn die Unabhängigkeit von kommerziellen Interessen ist Grundvoraussetzung für eine kritische Auseinandersetzung und ein sinnvolles Lehrangebot.
- 50 - Kein an Kinder gerichtetes Marketing für problematische Produkte: Werbung für Produkte wie Süßigkeiten, Softdrinks, Fastfood muss sich an Erwachsene richten, das verführt Kinder weniger zu Kauf und Konsum und stärkt die Autorität der Eltern.
- 55
- 60 - Keine Quengelware an den Supermarktkassen, kein
- besonders für Produkte wie Süßigkeiten, Softdrinks, Fastfood. Dabei wird in Deutschland ohnehin zu viel, zu fett, zu salzig und zu süß gegessen, und bereits 15 Prozent der Kinder und Jugendlichen sind übergewichtig. Über sechs Prozent sind sogar fettleibig – mit dramatischen gesundheitlichen Folgen wie Diabetes, Bluthochdruck, Herz-
- Kreislauf-Erkrankungen, Gelenkerkrankungen und andere schwere orthopädische Schäden. Kinder sind besonders manipulierbar: Sie lernen erst ab dem Alter von acht Jahren zwischen Realität und Werbung zu unterscheiden und Werbung kritisch zu beurteilen. Aber bereits Dreijährige erkennen und präferieren Marken.
- Laut Untersuchungen sehen Kinder pro Jahr an die 20.000 Werbespots. Ungesunde Lebensmittel gehören dabei zur Gruppe der meist beworbenen Produkte und werden vor allem in Musik-, Sport- und Kindersendungen präsentiert. Dabei setzt die Werbung bewusst auf den „Quengel-Faktor“. Eltern haben der gezielten Untergrabung ihrer Autorität kaum etwas entgegenzusetzen.
- Kinder brauchen besonderen Schutz. Ihr Verhalten ist leicht beeinflussbar, ihr Körper ist besonders empfindlich. Eltern muss die Sorge für eine gesunde Ernährung ihrer Kinder erleichtert werden. Wo Unternehmen zu wenig Verantwortung zeigen, müssen verbindliche Regelungen her.
- Wir fordern:**
- Werbung und Marketing an Kindertagesstätten und [...] Grundschulen konsequent unterbinden: Das muss auch für Geschenke von Unternehmen an KiTas und für von der Wirtschaft herausgegebene Unterrichtsmaterialien gelten. Denn Eigeninteressen von Unternehmen sind nicht auszuschließen und der Verzicht auf Produkt- oder Markenwerbung nicht gewährleistet.
- Verbraucherbildung in die Lehrpläne: Anleitung zum kritischen Konsum, Medienerziehung, der Umgang mit persönlichen Daten und die Auseinandersetzung mit Werbestrategien gehören ebenso in den Schulunterricht wie die Grundlagen gesunder Ernährung und der richtige Umgang mit Geld. Dabei muss die Neutralität gewahrt werden, denn die Unabhängigkeit von kommerziellen Interessen ist Grundvoraussetzung für eine kritische Auseinandersetzung und ein sinnvolles Lehrangebot.
- Kein an Kinder gerichtetes Marketing für problematische Produkte: Werbung für Produkte wie Süßigkeiten, Softdrinks, Fastfood muss sich an Erwachsene richten, das verführt Kinder weniger zu Kauf und Konsum und stärkt die Autorität der Eltern.
- Keine Quengelware an den Supermarktkassen, kein

- | | | |
|----|--|--|
| 65 | Product-Placement und keine Werbung im Umfeld von Kindersendungen, auf Sportveranstaltungen oder online. | Product-Placement und keine Werbung im Umfeld von Kindersendungen, auf Sportveranstaltungen oder online. |
|----|--|--|

ThA 12*Landesverband Baden-Württemberg*

**Schulverpflegung verbessern –
Qualitätsstandards verpflichtend machen**

- Die Ernährung vieler Kinder und Jugendlicher in Deutschland ist alles andere als ausgewogen. Im Schnitt konsumieren sie zum Beispiel mehr als doppelt so viele Süßigkeiten, Snacks und Limonade, aber nur halb so viel Gemüse wie empfohlen wird. 15 Prozent der Kinder und Jugendlichen sind übergewichtig, rund sechs Prozent fettleibig. Bei 29 Prozent der Mädchen und 15 Prozent der Jungen zwischen 11 und 17 Jahren wurde auffälliges Essverhalten festgestellt. Unausgewogene Ernährungsmuster, die im Kindesalter geprägt wurden und sich im Erwachsenenalter fortsetzen, sind ein bedeutender Risikofaktor für die Entstehung chronischer Erkrankungen wie Diabetes oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Dabei hängen Übergewicht, Essstörungen und in der Folge auch das Risiko krank zu werden, eng mit dem sozioökonomischen Status zusammen. Kinder und Erwachsene aus einkommensschwachen Familien sind häufiger davon betroffen.

- Schulen und Kindergärten können für die Prägung kindlicher Ernährungs- und Geschmacksgewohnheiten und damit für die Chance auf ein gesundes Leben eine entscheidende Rolle spielen. US-Studien zeigen, dass es in Schulen mit kostenlosem oder kostengünstigem Mittagessen nach strengen Verpflegungsstandards weniger übergewichtige Schüler gibt als in Schulen, in denen vor allem Pommes und Pizza serviert werden. Auch der Obst- und Gemüsekonsum wird dadurch entscheidend gesteigert. Investitionen in eine gesunde Schulverpflegung können damit langfristig dazu beitragen, Kosten im Gesundheitssystem senken.

- In Deutschland ist das Essen an vielen Schulen und Kindergärten jedoch weder ausgewogen noch bei den Schülerinnen und Schülern beliebt. Laut einer Untersuchung bieten nur 12 Prozent der deutschen Kitas ausreichend Obst, lediglich 19 Prozent ausreichend Rohkost und Salat an. Eine weitere Untersuchung kam 2013 zu dem Ergebnis, dass neun

**Schulverpflegung verbessern –
Qualitätsstandards verpflichtend machen**

Annahme

- 45 von zehn Schulmensen Mängel aufwiesen: Das Essen war zerkocht, ungesund oder unter mangelnden Hygienebedingungen zubereitet. Viele Schülerinnen und Schüler nehmen am Schulessen gar nicht erst teil, weil es ihnen nicht schmeckt. Zwar gibt es seit 2007 Verpflegungsstandards, die von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) entwickelt wurden. Diese sind jedoch nicht überall verpflichtend und werden nur von einem Teil der Schulen und Kindergärten angewandt.
- 50 Wir fordern:
- 55 Die Verpflegungsstandards der DGE bilden die Grundlage für einheitliche Standards bei der Verpflegung in Schulen und Kindergärten in allen Bundesländern. Diese Standards sind wichtig, damit alle Kinder und Jugendlichen gleichermaßen die
- 60 Chance auf ein leckeres, gesundes Mittagessen haben. Gutes Essen gibt es nicht umsonst, deshalb brauchen wir eine offene Debatte über realistische Kosten und die Finanzierung der Schulverpflegung. Die
- 65 Kommunen bedürfen dabei der Unterstützung, um die Verpflegungsstandards der DGE flächendeckend umzusetzen. Unser Ziel ist: Alle Kinder haben die Möglichkeit, am Schulessen teilzunehmen, auch wenn die Eltern
- 70 sich das Essensgeld nicht leisten können.

ThA 13

Landesorganisation Bremen

Freihandel mit Augenmaß – Verhandlungen über TTIP aussetzen

- Die Mitgliedsstaaten der EU haben der Kommission im Sommer 2013 ein Mandat erteilt, um eine transatlantische Freihandelszone (TTIP – Transatlantic Trade and Investment Partnership) zu
- 5 verhandeln. Das Mandat ist sehr weit gefasst und enthält u. a. Leitlinien zu: Fragen des Marktzugangs, insbesondere Warenhandel, Dienstleistungshandel, öffentliches Beschaffungswesen und Niederlassung,
- 10 Regulierungsfragen und nichttarifäre Handelshemmnisse, Regeln betreffend geistigen Eigentums, nachhaltige Entwicklung, Zoll und Handelserleichterung, Energie und Rohstoffe, kleine und mittlere Unternehmen und
- 15 Kapitalverkehr und Zahlungen.

- Besonders umstritten sind die geplanten Regelungen zu Investitionsschutz. Dabei ist beabsichtigt, ein Verfahren zur Streitschlichtung
- 20 zwischen Investoren und Staaten (ISDS) zu

Freihandel mit Augenmaß – Verhandlungen über TTIP aussetzen

Überweisung an den SPD Parteivorstand, die SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Gruppe im EP (unter Beachtung der Empfehlung zum ThA17).

installieren, mit einem dreiköpfigen Schiedsgericht, das an den nationalen Justizsystemen vorbei, über gewaltige Entschädigungssummen entscheiden kann, wenn z. B. ein Investor seine Pro-fite durch nationale Gesetzesänderungen geschmälert sieht. Ein Anfechtungsrecht soll nicht gegeben sein. Die Bundesrepublik sieht sich schon einem ähnlichen Verfahren ausgesetzt, der Klage von Vattenfall auf 3,7 Milliarden Euro Schadensersatz wegen der Energiewende.

Solche Regelungen schränken die legitimen Handlungsmöglichkeiten von Staaten ein und gefährden die Demokratie. Eine Sondergerichtsbarkeit für Investoren ist nicht zu akzeptieren und darüber hinaus zwischen Demokratien wie der EU und den USA schlicht unnötig. Beide Wirtschaftsräume verfügen über entwickelte Rechtssysteme, die Investoren ausreichend schützen.

Demokratiekonformer Markt statt marktkonforme Demokratie

Wirtschaft und Handel müssen sich den demokratischen Spielregeln unterwerfen. Diesen Grundsatz verteidigt die SPD seit 150 Jahren. Die Idee einer „wirtschaftsgerechten Demokratie“, die von neoliberalen Kreisen im Zusammenhang mit dem Freihandelsabkommen geäußert wird, gefährdet die in langen politischen Kämpfen erworbenen Grundrechte.

Australien hat in einem bilateralen Handelsabkommen mit den USA dem Verlangen nach einem solchen Mechanismus eine Absage erteilt. Dies sollte als Vorbild dienen. Die Befürchtung durch Erfahrung mit bisherigen Freihandelsabkommen lautet, dass es zu einer Nivellierung von Standards kommt („race to the bottom“). Insbesondere die Erfahrungen mit dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) zeigen, dass es anstatt zu einem Wachstum von Beschäftigung zu massiven Arbeitsplatzverlusten gekommen ist.

Verhandlungsauftrag für TTIP Neubestimmen

Viele gesellschaftliche Akteure fordern vor diesem Hintergrund einen Stopp der Verhandlungen. Ihre Sorgen nehmen wir sehr ernst. Der Landesparteitag unterstützt die Forderung des DGB-Bundeskongresses und fordert die bisherigen TTIP-Verhandlungen auszusetzen, alle bisherigen Verhandlungsergebnisse und Protokolle zu

veröffentlichen und einen transparenten Verhandlungsauftrag der EU zu bestimmen. Er soll folgende Bedingungen erfüllen:

80 **1. Keine Sondergerichtsbarkeit für Investoren**

Ein Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismus (ISDS) zwischen Staaten mit zuverlässigen und entwickelten Rechtssystemen wie im Falle von TTIP ist abzulehnen. Gleiches gilt für die CETA-

85 Verhandlungen. Wir erwarten von der Bundesregierung und insbesondere ihren sozialdemokratischen Mitgliedern, dass sie bei ihrer kritischen Haltung zur Aufnahme von Investitionsschutzvorschriften in das TTIP bleibt;

90 das von der EU beschlossene Verhandlungsmoratorium muss dazu genutzt werden, diesen Punkt ganz aus dem Verhandlungsmandat zu streichen. Ein

95 Freihandelsabkommen, das solche Vorschriften oder eine Sondergerichtsbarkeit für Wirtschaftsstreitigkeiten beinhaltet, lehnen wir ab.

2. Rückholbarkeit von Entscheidungen sicherstellen

100 Die Reversibilität von Entscheidungen ist ein Grundpfeiler jeder Demokratie. Daher fordern wir eine grundlegende Evaluation des Abkommens nach zehn Jahren und eine Klärung, wie Bestimmungen in dem Abkommen

105 zurückgenommen werden können.

3. Transparenz der Verhandlungen

Alle Positionspapiere der Europäischen Kommission sind dem Europäische Parlament (EP) zugänglich und werden zu einem Teil auch ins

110 Internet gestellt. Auf Initiative des EP hat die Europäische Kommission den Dialog im Rahmen der TTIP-Verhandlungen durch eine permanente Beratungsgruppe mit Experten von

115 Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucherverbänden institutionalisiert, diese Gruppe hat Zugang zu den Verhandlungsdokumenten. Somit sind Vorwürfe, TTIP sei ein Geheimabkommen, in der Totalität nicht zutreffend. Nichtsdestotrotz besteht hier, insbesondere in Bezug auf die Information der breiteren Öffentlichkeit, erheblicher

120 Nachbesserungsbedarf.

Insbesondere müssen vor jeder Verhandlungsrunde die jeweiligen Verhandlungspunkte veröffentlicht werden. Dabei ist sicherzustellen, dass auch

125 Akteurinnen und Akteure, die nicht Mitglied der ständigen Beratergruppe sind, ausreichend Zeit zur Stellungnahme bleibt. Ebenso ist die Öffentlichkeit

130

- über die Ergebnisse der jeweiligen Verhandlungsrunde zeitnah zu informieren. In Zwischenschritten müssen die Mitgliedsstaaten und die nationalen Parlamente vollumfänglich
- 135 informiert werden und Beiräte auf nationaler Ebene die beratende Task Force auf europäischer Ebene spiegeln. Somit muss die Bundesregierung nun den Dialog im Rahmen der TTIP-Verhandlungen durch eine
- 140 permanente Beratungsgruppe mit Experten von Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucherverbänden institutionalisieren, die auch Zugang zu den Verhandlungsdokumenten erlangen.
- 145 **4. TTIP und CETA müssen als gemischte Abkommen behandelt werden!**
- Neben allen Informationsrechten stellt sich dem Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten im Endeffekt nur die Wahl zwischen Ablehnung
- 150 oder Zustimmung zu TTIP im Zuge der völkerrechtlichen und innerstaatlichen Ratifikation. Ungeklärt ist dabei, ob ein so genanntes gemischtes Abkommen, bei dem die Parlamente der
- 155 Mitgliedsstaaten zustimmen müssen, als Ganzes abgelehnt werden kann oder dies nur die nationalen Zuständigkeiten anbelangt. Es besteht jedenfalls die Möglichkeit, dass bestimmte (handelsrechtliche) Vorschriften des
- 160 Abkommens, welche in die EU-Kompetenz fallen, schon nach der Ratifikation auf EU-Ebene angewendet werden können. Voraussetzung ist, dass eine Klausel über die vorläufige
- 165 Anwendbarkeit nach Maßgabe von Art. 25 der Wiener Vertragsrechtskonvention in das Freihandelsabkommen aufgenommen wird. Die Bundesregierung muss daher darauf hinwirken, dass sowohl CETA als auch TTIP als gemischtes
- 170 Abkommen und nicht als exklusive Handelsabkommen abgeschlossen werden. D. h. in Deutschland müssen sowohl Bundestag als auch Bundesrat über die beiden Abkommen abstimmen. Eine angemessene Beteiligung der Länder und zivilgesellschaftlicher Akteure ist dabei
- 175 sicherzustellen. Die sozialdemokratischen Regierungs- und Parlamentsmitglieder in allen europäischen Mitgliedsstaaten werden daher aufgefordert, die EU-Kommission dazu zu verpflichten, dass alle
- 180 Zwischenergebnisse der Verhandlungen den 35 europäischen Parlamenten, den zu benennenden Verhandlungsbeteiligten (Unternehmen, Verbände und Organisationen) und der interessierten Öffentlichkeit zum gleichen Zeitpunkt zugänglich gemacht werden.
- 185

**5. Keine Vorfestlegungen durch das
Freihandelsabkommen
der EU mit Kanada (CETA)**

- 190 Die Ergebnisse des bereits ausverhandelten
Freihandelsabkommens der EU mit Kanada sind
sorgfältig auszuwerten und sobald wie möglich zu
veröffentlichen. Die im Rahmen von CETA
verhandelten Vereinbarungen dürfen keine
195 präjudizierende Wirkung für die Verhandlungen
mit den USA haben.

**6. Keine Einschränkung von
Arbeitnehmerrechten, keine Absenkung von
Schutzstandards. Erhalt staatlicher
Handlungsfähigkeit.**

- 200 Die in der EU gültigen Regeln des Sozial-,
Umwelt-, Natur- und Tierschutzes, des
Verbraucher-, Lebensmittel- und
205 Gesundheitsschutzes müssen gewahrt bleiben und
dürfen nicht als „Handelshemmnis“ in Frage
gestellt werden.
Jede Seite muss das Recht haben, diese Regeln aus
Gründen des Gemeinwohls auch in Zukunft
210 weiterzuentwickeln. Die vorgesehene
„regulatorische Kooperation“ zwischen den
Vertragsparteien darf dieses Recht nicht
beschneiden, sondern allein eine gemeinsame
Weiterentwicklung von Standards erleichtern.
215 So sollten schon die Verhandlungen über das
Freihandelsabkommen dazu genutzt werden, eine
wirksame Umsetzung der Konventionen der
Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) durch
beide Vertragsparteien zu erreichen.
220 Die Unterschiede im Agrar- und
Lebensmittelbereich zwischen den USA und der
EU müssen besonders berücksichtigt werden; es
darf nicht zu einem zusätzlichen Druck der
Agrarindustrie auf die bäuerlichen Strukturen in
225 Europa kommen.
Insbesondere dürfen folgende Punkte nicht
verhandelbar sein.
die Sicherung von Arbeitnehmerrechten und der
Verbraucherschutz,
230 der Arbeitsschutz und die Datenschutzstandards,
gesundheits- und umweltpolitische Standards,
die für die Landwirtschaft festgelegten Standards
einschließlich der Subventionspraktiken sowie
alle die Kulturpolitik der einzelnen
235 Mitgliedsstaaten der EU betreffende Standards.
Die Entscheidung darüber welche Dienstleistungen
öffentlich erbracht werden.

7. Finanzmärkte und Vermögensbesteuerung

240

Im Handelsraum EU/USA konzentrieren sich große Geldvermögen und Finanzaktivitäten. Deshalb wollen wir mit einem Handelsabkommen auch Fortschritte zu einer verbindlichen

245 Finanzmarktregulierung mit einer Abtrennung von Investmentgeschäften sowie einer Finanztransaktionssteuer erreichen. Hierzu gehört ein automatischer Informationsaustausch über Finanztransaktionen sowie eine Vereinheitlichung

250 der Kapital- und Vermögensbesteuerung.

8. Keine schrankenlose Liberalisierung! - Spielräume erhalten

255 Der Ansatz der Negativliste zur Liberalisierung von Dienstleistungssektoren ist, dass alles was nicht dort aufgenommen wurde, liberalisiert werden kann. Im CETA gibt es momentan eine Negativliste. Im TTIP hat die europäische

260 Kommission dem Ansinnen der Amerikaner für einen Negativlistenansatz bereits nachgegeben. Eine Positivliste hätte den Vorteil, dass man zunächst einige Bereiche öffnen und später mit anderen nachziehen könnte. So behielte man die

265 Hoheit über eine Öffnung in den Märkten, die heute noch nicht vollständig entwickelt seien, beispielsweise im Bereich der E-Dienstleistungen. Im Sinne einer entsprechenden

Entwicklungsoffenheit des Abkommens muss von einer Positivliste ausgegangen werden. Eine

270 Negativliste, die nicht mehr ergänzt werden kann, ist unter allen Umständen abzulehnen. Darüber hinaus ist im Zuge der Verhandlungen die Gefahr wirtschaftlicher Strukturkrisen einzelner

275 Regionen, die durch die gegenseitige Marktöffnung entstehen können, zu analysieren. Für betreffende Wirtschaftszweige sind Übergangsregelungen zu vereinbaren.

Wenn sich abzeichnen sollte, dass die

280 existenziellen Forderungen dieses Antrages keine Berücksichtigung finden, wird über die Empfehlung eines Abbruchs der Verhandlungen neu beraten.

ThA 14

Unterbezirk Dortmund (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Veröffentlichung der Verhandlungsgegenstände des Freihandelsabkommen TTIP

Der Parteikonvent fordert die Bundesregierung auf, unverzüglich für eine Veröffentlichung der Verhandlungsgegenstände des Freihandelsabkommen TTIP, welches zurzeit

Veröffentlichung der Verhandlungsgegenstände des Freihandelsabkommen TTIP

Überweisung an den SPD Parteivorstand, die SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Gruppe im EP (unter Beachtung der Empfehlung zum ThA17).

5 zwischen Vertretern der EU-Kommission und der
USA verhandelt wird, zu sorgen. Alle Einzelinhalte
sind einer dezidierten Folgenabschätzung sowie
einer breiten gesellschaftlichen Diskussion zu
unterziehen. Im Unterschied zur allgemeinen
10 Wahrnehmung, geht es nicht nur darum Zölle
zwischen den beteiligten Staaten aufzuheben. Die
Verhandlungen sind im Zweifel über mögliche
schädliche Auswirkungen auf Umwelt,
Verbraucher, Sozialstandards und die
15 gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt unverzüglich zu
unterbrechen. Diese neoliberale Deregulierung
unterstützen wir nicht.

Insbesondere müssen in den Verhandlungs-
20 ergebnissen folgende Punkte sichergestellt werden:

1. Die Errungenschaften in der Europäischen
Union im Bereich der Arbeitsschutz-, Kultur-,
Sozial-, Umwelt-, Lebensmittel-, Gesundheits-
25 und Datenschutzstandards sowie der Bürger-
und Verbraucherrechte erhalten bleiben. Dazu
gehört auch das deutsche Chemikaliengesetz
(bzw. die entsprechende EU-Richtlinie). In den
Verhandlungen soll darauf hingewirkt werden,
weitere Verbesserungen für die Partner in
30 diesem Bereich zu ermöglichen. Es sollte der
jeweils höherwertige Standard des
Partnerlandes übernommen bzw. anerkannt
werden. Das Vorsorgeprinzip darf nicht
abgeschwächt werden.
- 35 2. Die Verhandlungsergebnisse dürfen auch kein
Einfallstor für Lohn- und Sozialdumping
werden.
3. In Europa bisher nicht zugelassene Produkte
mit entsprechenden Importverboten, sollen
40 auch weiterhin nicht zugelassen werden. Dies
betrifft vor allem Produkte, die nicht der EU-
Kennzeichnungsrichtlinie entsprechen, GVO-
Produkte (Produkte, die aus gentechnisch
veränderten Organismen bestehen oder daraus
45 hergestellt werden), Tiere, die mit
Wachstumshormonen behandelt wurden und
das in den Verkehr bringen von Lebensmitteln
von geklonten Tieren. Gleiches gilt für
Lebensmittel, die mit Substanzen behandelt
50 wurden, die in der Europäischen Union
verboten sind.
4. Weiterhin muss geklärt sein, dass das bereits
erreichte hohe Niveau des Rechtsschutzes in
Europa berücksichtigt wird und die
55 Gesetzgebungskompetenz souveräner Staaten
nicht ausgehebelt wird. Daher lehnen wir die
im TTIP vorgesehenen Schiedsgerichte ab, da
diese undemokratisch sind und das nationale

- 60 und europäische Gerichtswesen aushebeln.
Rechtlich gesicherte Freiheiten im Internet
dürfen nicht eingeschränkt werden.
5. Wir wollen eine Veröffentlichung der
Verhandlungsmandate sowie eine transparente
65 Verhandlungsführung. Es müssen
Vertreter/innen der Zivilgesellschaft wie
Gewerkschaften, Verbraucherorganisationen,
Sozial- und Umweltorganisationen in den
Verhandlungen angehört werden.
- 70

ThA 15

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen

Freihandel um jeden Preis?

- Nicht mit uns!

Die Transatlantische Handels- und
Investitionspartnerschaft (TTIP), die derzeit
zwischen der Europäischen Union und den USA
verhandelt wird, ist von enormer politischer
5 Tragweite. Vor dem Hintergrund der anhaltenden
Wirtschaftskrise in großen Teilen Europas ist es
richtig, Instrumente zur Schaffung von
Investitionen und Arbeitsplätzen zu prüfen.
Europa braucht Handel und Investitionen.

10 Allerdings nicht um jeden Preis. Ein Abkommen
mit den USA muss gute Arbeit schaffen – auf
beiden Seiten des Atlantiks. Es muss Antworten
auf Kernfragen der Weltwirtschaft, wie die
Regulierung der globalen Finanzmärkte, geben.

15 Ein Freihandelsabkommen darf unter keinen
Umständen dazu führen, dass europäische
Standards im Arbeits- oder Umweltrecht, beim
Daten- oder Verbraucherschutz in Frage gestellt
werden oder Investoren vor internationalen
20 Schiedsstellen europäische Rechtsstaaten
aushebeln können.

Dazu wäre es notwendig, die
Verhandlungsgrundlagen und die
25 Verhandlungsziele klarer zu definieren.
Verhandlungen sollten als Chance begriffen
werden, die sozialen Standards im internationalen
Handel zu erhöhen. Deshalb setzen wir uns dafür
ein, die Verhandlungen ruhen zu lassen und in
30 einem transparenten Prozess an einer
Neuformulierung der Verhandlungsziele bzw.
Verhandlungsgrundlagen zu arbeiten.

Aufgrund möglicher weitreichender
35 Konsequenzen von TTIP sind die bisherige
Geheimhaltung und der Mangel an Transparenz

Freihandel um jeden Preis? –

Nicht mit uns!

Überweisung an den SPD Parteivorstand, die SPD-
Bundestagsfraktion und SPD-Gruppe im EP (unter
Beachtung der Empfehlung zum ThA17).

in den Verhandlungen inakzeptabel. Die SPD-Forderung nach Veröffentlichung grundlegender Verhandlungsdokumente und einer besseren Information und Konsultation der Öffentlichkeit ist deshalb zu unterstützen. Von sozialdemokratischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern in den verantwortlichen Funktionen verlangen wir, die weiteren Verhandlungen kritisch zu begleiten.

Wir fordern die Bundesregierung und die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament auf, ein Freihandels- und Investitionsabkommen mit den USA auf jeden Fall dann abzulehnen, wenn durch dieses

- hart erkämpfte Errungenschaften im Arbeitsrecht oder in der Sozialgesetzgebung gefährdet sind,
- ein hohes Schutzniveau im Verbraucher- und Datenschutz sowie die Lebensmittelsicherheit und Erhalt der Tierschutzstandards in Europa nicht mehr gewährleistet sind,
- der universelle Zugang zu Diensten der öffentlichen Daseinsvorsorge oder die europäische Vielfalt im Kulturbereich in Gefahr geraten,
- die fortschrittliche europäische Gesetzgebung zum Schutz der Umwelt und des Klimas in Frage gestellt wird oder ein Vormarsch der grünen Gentechnik zu befürchten ist,
- ein Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismus aufgenommen wird, der es Investoren ermöglichen würde, Staaten vor Schiedsstellen auf Schadensersatz zu verklagen und damit Gesetzgebung entscheidend zu beeinflussen, oder
- künftigen Generationen Handlungsspielräume bei der Gestaltung eines sozial gerechten und nachhaltigen Europas genommen werden.

ThA 16

Ortsverein Schäftlarn (Landesverband Bayern)

TTIP und Ceta

1. Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Verhandlungen über das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) auf eine neue Basis gestellt werden. Sie sollen bis nach den Kongresswahlen in den USA

TTIP und Ceta

Überweisung an den SPD Parteivorstand, die SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Gruppe im EP (unter Beachtung der Empfehlung zum ThA17).

- unterbrochen werden.
- 10 2. Der Gegenstand der Verhandlungen soll neu umrissen werden. Nicht Gegenstand der Verhandlungen dürfen der Investitionsschutz, Lebensmittel, der gesamte Kulturbereich und Aufgaben der Daseinsvorsorge sein, die in Deutschland herkömmlich von den Städten und
- 15 Verhandlungsrunde sollen die Gegenstände der Verhandlungen und damit des späteren Vertrages explizit vorher festgelegt werden. Der Parteivorstand erarbeitet dazu eine
- 20 Positivliste, welche Bereiche Gegenstand der Verhandlungen und des späteren Vertrages sein sollen.
- 25 3. Über den Fortgang der Verhandlungen sollen die Mitglieder des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten laufend und die Öffentlichkeit in regelmäßigen Abständen informiert werden.
- 30 4. Falls sich bewahrheitet, dass das Handelsabkommen mit Kanada - „Ceta“ - Investitionsschutzklauseln enthält werden die SPD und Ihre Minister die Ratifikation dieses Abkommens entschieden ablehnen.

ThA 17

Ortsverein Borken (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

TTIP - Parteimitglieder informieren

5 Die SPD-Regierungsmitglieder werden aufgefordert, die Parteimitglieder über den jetzigen Stand der Verhandlungen über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft /Transatlantic Trade and Investment Partnership zu informieren.

10

15

20

Unsere Erwartungen an die transatlantischen Freihandelsgespräche

Annahme in Fassung der Antragskommission:

Die laufenden Verhandlungen über ein transatlantisches Freihandelsabkommen (TTIP) haben eine intensive gesellschaftliche Debatte über Chancen und Risiken eines solchen Abkommens angestoßen. Viele Menschen verbinden mit den TTIP-Verhandlungen erhebliche Sorgen. Vor allem haben sie die Befürchtung, dass durch TTIP bewährte Rechte und Standards in Europa etwa bei Arbeitnehmerrechten, dem Verbraucher- und Gesundheitsschutz, der öffentlichen Daseinsvorsorge, bei Kultur, Tierschutz oder bei Lebensmitteln unterlaufen werden könnten. Diese Sorgen nehmen wir sehr ernst. Zu einem Abbau von wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Standards darf es durch ein transatlantisches Freihandelsabkommen nicht kommen.

Es muss seinen Wert umgekehrt darin beweisen, dass es zu Fortschritten beim Schutz von Arbeitnehmerrechten,

25

dem Verbraucherschutz und nachhaltigem Wirtschaften im globalen Maßstab beiträgt. Ein transatlantisches Handelsabkommen kann die Chance eröffnen, dass mit Europa und den USA die zwei größten Handelsräume weltweit zusammenwachsen und Maßstäbe setzen.

30

Diese normsetzende Kraft des Abkommens kann zum Hebel einer politischen Gestaltung der wirtschaftlichen Globalisierung werden.

35

Angesichts der Fragen und Sorgen vieler Menschen, von Gewerkschaften, NGOs, Verbraucherverbänden und Bürgerinitiativen ist es dringend notwendig, dass die Verhandlungen über TTIP mit größtmöglicher Transparenz geführt werden und möglichst viele Menschen sowie Gruppen der Zivilgesellschaft einbeziehen. Die SPD setzt sich von Beginn an dafür ein, dass die TTIP-Verhandlungen breit, und wo nötig auch kritisch, öffentlich begleitet werden können.

40

Einige Fortschritte konnten auf diesem Weg bereits erreicht werden: Sowohl im Bundestag als auch dem Bundesrat hat eine intensive Beschäftigung mit TTIP eingesetzt. Auch hat der Bundeswirtschaftsminister einen zivilgesellschaftlichen TTIP-Beirat in Deutschland eingerichtet, um Transparenz und Teilhabe zu erhöhen. Ebenso konnte der Zugang zu Informationen über die Inhalte und die Fortschritte der Verhandlungen verbessert werden.

45

50

55

Für einen breiten Diskussionsprozess

60

Die Diskussion über die TTIP-Verhandlungen sowie auch das geplante Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) ist selbstverständlich auch innerhalb der SPD von zentraler Bedeutung. Zur Vorbereitung politischer Entscheidungen muss die Möglichkeit zur Diskussion, Meinungsbildung und Mitsprache bestehen.

65

70

Um den weiteren TTIP-Verhandlungsprozess intensiv zu begleiten und die Meinungsbildung innerhalb der SPD weiter voranzubringen wird der SPD-Parteivorstand einen umfassenden Informations- und Diskussionsprozess initiieren - mit fortlaufenden Berichten über den Stand der Verhandlungen sowie geeigneten Formaten für eine innerparteiliche, sachorientierte, politische Debatte.

75

80

In dem Diskussionsprozess muss es Raum dafür geben, die Chancen von TTIP genauso zu thematisieren wie kritische Aspekte und Befürchtungen, die sich mit TTIP verbinden. Insgesamt betrifft dies insbesondere Fragen zu:

85

- den wirtschaftlichen Chancen und Risiken, die sich mit dem Abbau tarifärer und nicht-tarifärer Handelshemmnisse verbinden;

90

- möglichen regulatorischen Fortschritten durch TTIP, die eine global normsetzende Wirkung entfalten können;

95

- der Entwicklung gemeinsamer Standards für Innovationen bei Zukunftstechnologien und Leitmärkten;

100

- dem Schutz von Arbeitnehmerrechten, dem Erhalt von Mitbestimmung und Tarifautonomie sowie den ILO-Kernarbeitsnormen;

105

- dem Erhalts eines hohen Niveaus beim Verbraucher-, Gesundheits- und Tierschutz sowie bei Lebensmitteln;

110

- dem Erhalt kultureller Vielfalt, der öffentlichen Kultur- und Medienförderung und des Datenschutzes;

115

- der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Gewährleistung ihrer Qualität und eines freien Zugangs zu entsprechenden Dienstleistungen;

120

- speziellen Investitionsschutzvorschriften und ihren möglichen problematischen Folgen;

125

- der Transparenz und Einbeziehung von Bürgern und Zivilgesellschaft und des Zugangs zu den Verhandlungsdokumenten;

130

- einer Einstufung des Abkommens als „gemischtes Abkommen“ und daran anknüpfend der demokratischen Legitimierung über eine Ratifizierung durch das Europäische Parlament ebenso wie durch die nationalen Parlamente;

- sowie schließlich Fragen nach den Möglichkeiten einer späteren Überprüfung und ggf. Rückholbarkeit von Inhalten der Handelsabkommen.

Wirtschaft und Handel müssen sich demokratischen Spielregeln unterwerfen. Wenn es mit einem transatlantischen Freihandelsabkommen gelingt, bessere Regeln für den transatlantischen Handel und die globale

135

140

145

Wirtschaft zu entwickeln, wäre dies ein enormer Fortschritt in der politischen und demokratischen Gestaltung der wirtschaftlichen Globalisierung. Fest steht allerdings auch: Ein Freihandelsabkommen darf nicht dazu führen, dass europäische Standards etwa im Arbeits- und Umweltrecht, beim Daten- oder Verbraucherschutz in Frage gestellt oder Investoren vor internationalen Schiedsstellen rechtsstaatliche Standards und demokratische politische Regelungen zum Schutz von Gemeinwohlzielen aushebeln können. Unser Ziel ist es, möglichst fortschrittliche arbeitsrechtliche, soziale und ökologische Standards in den bilateralen und internationalen Handelsbeziehungen zu verankern.

ThA 18*Landesorganisation Bremen***Keine Ausnahmen vom Mindestlohn – auch nicht für Jüngere!**

Der Mindestlohn kann seine lohnpolitisch stabilisierende Wirkung nur als generelle Lohnuntergrenze entfalten. Ausnahmen für bestimmte Personengruppen – egal welchen Alters oder Erwerbsstatus – sind daher abzulehnen und bei künftigen gesetzlichen Weiterentwicklungen des Mindestlohns abzuschaffen.

5

Keine Ausnahmen vom Mindestlohn – auch nicht für Jüngere!

Überweisung an SPD-Parteivorstand und SPD-Bundestagsfraktion

ThA 19*Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten***U25-Sondersanktionen abschaffen**

Die SPD fordert die Abschaffung aller Sanktionen gegen Arbeitssuchende SGB II. In einem ersten Schritt wollen wir die sofortige Abschaffung der zurzeit gültigen, besonders drastischen Sanktionen gegen junge Arbeitssuchende im SGB II. Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine entsprechende Initiative zu ergreifen.

5

U25-Sondersanktionen abschaffen

Erledigt durch Beschluss Parteikonvent Juni 2012

ThA 20*Landesorganisation Bremen***U25-Sondersanktionen abschaffen**

Die SPD setzt sich für die sofortige Abschaffung der zurzeit gültigen, besonders

U25-Sondersanktionen abschaffen

Erledigt durch Beschluss Parteikonvent Juni 2012

- 5 drastischen Sanktionen gegen junge Arbeitssuchende im SGB II ein. Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine entsprechende Initiative zu ergreifen.

ThA 21

Landesorganisation Bremen

Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen – neue Wege in der Arbeitsförderungs politik gehen

Trotz steigender Beschäftigung und leicht sinkender Arbeitslosigkeit gibt es weiter gravierende Fehlentwicklungen am Arbeitsmarkt:

- 5 • fast ein Drittel aller Beschäftigten arbeitet in atypischen Erwerbsformen,
- mehr als eine Million Menschen ist langzeitarbeitslos,
- 10 • besonders gravierend ist die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten akzeptieren nicht, dass Menschen aus unserer Arbeitswelt und den damit verbundenen sozialen Sicherungen und gesellschaftlichen Zusammenhängen ausgeschlossen werden. Sinnvolle Arbeit gehört für uns zur Würde des Menschen, aus ihr erwächst gesellschaftliche Teilhabe.

- 15
- 20 Ebenso, wie wir mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes und der damit verbundenen Stärkung des Tarifvertragssystems wieder Ordnung in den Arbeitsmarkt bringen, bedarf es jetzt weiterer Schritte zu einer sozialstaatlich ausgerichteten Arbeitsmarktpolitik.
- 25 Wir erkennen aber auch, dass für einen Teil der Langzeitarbeitslosen die Instrumente der Orientierung auf schnelle Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt an Grenzen stößt. Zusätzliche Angebote öffentlich geförderter Beschäftigung müssen die soziale Teilhabe dieser Menschen sichern und eine Durchlässigkeit zum ersten Arbeitsmarkt –ggf. auch in längeren Perspektiven– ermöglichen.
- 30

- 35 Die Politik der ständig wechselnden Ausrichtung der Instrumente und der unzureichenden Finanzierung der öffentlich geförderten Beschäftigung (öGB) muss beendet werden – Arbeitslose und Kommunen brauchen Planungssicherheit. Offensichtlich unsinnige Regelungen – besonders im Bereich der Genehmigung von AGHen – müssen umgehend abgestellt werden.
- 40

Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen – neue Wege in der Arbeitsförderungs politik gehen

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Parteivorstand

- 45 Wir fordern daher folgende Ziele in eine Reform
der öffentlich gefördertern Beschäftigung (ögB)
aufzunehmen:
- Ziel ist die Integration in
sozialversicherungspflichtige
Beschäftigungsverhältnisse – in der privaten
50 oder öffentlichen Wirtschaft. Arbeit muss zur
Integration beitragen, dazu gehört der Erwerb
eigenständiger Ansprüche auf die Leistungen
der Sozialversicherung durch
sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.
 - 55 • Wir wollen öffentlich geförderte Beschäftigung
näher an den ersten Arbeitsmarkt heranzuführen.
Dazu muss der sogenannte „Passiv-Aktiv-
Transfer“ ermöglicht werden. Die Aktivierung
passiver Leistungen (ALG II und kommunale
60 Leistungen) zur Finanzierung von öffentlich
geförderter Beschäftigung muss bei allen
Arbeitgebern – öffentlichen und privaten –
möglich sein, wenn gleichzeitig sichergestellt
ist, dass Mitnahmeeffekte weitgehend
65 ausgeschlossen sind und Arbeitslose nicht als
billige Arbeitskräfte missbraucht werden.
Beschränkungen wie „Zusätzlichkeit“ und
„öffentliches Interesse“ sind dann verzichtbar.
Eckpunkte für eine solche Förderung
70 (Zuschussgröße, Dauer, Degression usw.)
müssen umgehend erarbeitet werden.
 - Die Jobcenter bedürfen ausreichend
Finanzierungsmittel für die Haushalte der
Eingliederungshilfe und auch die Finanzierung
75 von Qualifizierung und Unterstützung muss
sichergestellt sein.
 - Die Entlohnung in ögB muss entsprechend den
geltenden Tarifverträgen oder den ortsüblichen
80 Entgelten erfolgen, um den weiteren Bezug
von Leistungen nach SGB II für die
Betroffenen zu überwinden. Auch ögB muss
„armutsfest“ sein.
 - Für Projekte, die als ögB durchgeführt werden
85 sollen, bedarf es eines regionalen Konsenses,
der über örtliche Beiräte der Sozialpartner
hergestellt wird.
 - ÖgB kann und soll den Ausbau und den Erhalt
von zusätzlichen sozialen Angeboten in den
90 Regionen unterstützen und einen Beitrag zur
Verbesserung der örtlichen Infrastruktur
leisten. Erstes Ziel muss aber sein, die
Beschäftigungsfähigkeit der einzelnen
Arbeitslosen/des einzelnen Arbeitslosen zu
95 verbessern, um damit – ggf. auch mittelfristig –
den Übergang in den allgemeinen Arbeitsmarkt
zu schaffen.
 - Das Instrument der „Arbeitsgelegenheiten“

- 100 (Ein-Euro-Jobs) ist auf das ursprünglich gewünschte Ziel, der niedrigrschwelligen und begleitenden Herauslösung aus gesellschaftlicher Isolation, der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und der Heranführung an Erwerbsarbeit im Rahmen von
- 105 Integrationsplänen, auszurichten. Ein-Euro-Jobs sind nicht als „billige“ Instrumente zu konzipieren, sondern als zielgerichtete, gut unterstützte und mit Qualifizierung begleitete Fördermaßnahmen für eng definierte
- 110 Personenkreise auszurichten.
- Alle Instrumente der Arbeitsförderung müssen mit Qualifizierungsmaßnahmen zu verbinden sein. Der 2012 von der damaligen Bundesarbeitsministerin von der Leyen
- 115 eingeführte Ausschluss von „Qualifizierung und Arbeitsgelegenheiten“ ist Unsinn und zu beenden. Ebenso ist die zeitgleich eingeführte Höchstförderdauer I von „24 Monaten in fünf Jahren“ als künstliches Konstrukt zu
- 120 beseitigen.

ThA 22

Landesorganisation Bremen

Mütterrente

Die Kindererziehungszeit bei der Rente für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, ist im Rahmen der Gleichbehandlung anzugleichen.

- 5 Wir fordern, dass die Finanzierung der Mütterrente mittelfristig, spätestens jedoch ab 2018 aus Steuermitteln erfolgt.

Mütterrente

Erledigt durch Gesetzgebung

ThA 23

Ortsverein Ronnenberg (Bezirk Hannover)

Erhalt langjähriger Mitgliedschaften

Die SPD setzt sich dafür ein, die langjährigen Mitgliedschaften in unserer Partei bei finanzieller Notlage zu erhalten.

Erhalt langjähriger Mitgliedschaften

Nichtbefassung

ThA 24

Landesverband Saar

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

strafrechtlich fassbar machen

Der Antrag ist auf eine Ergänzung des § 46 StGB (Grundsätze der Strafzumessung) gerichtet, dass bei dem gerichtlichen Abwägen der Strafzumessung und der für und gegen den Täter sprechenden Umstände „gruppenbezogene menschenverachtende Beweggründe und Ziele des Täters zu berücksichtigen sind“.

5

strafrechtlich fassbar machen

erledigt durch Regierungshandeln

ThA 25*Bezirk Hessen-Süd***Für eine solidarische und humanitäre Flüchtlingspolitik**

Die SPD im Bund und in den Ländern möge sich für eine solidarische, humane Flüchtlingspolitik einsetzen.

Für eine solidarische und humanitäre Flüchtlingspolitik

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

5 Dazu fordern wir:

- eine Änderung des EU-Asylsystems durch eine Änderung des Dublin II-Verfahrens dahingehend, dass Flüchtlinge nicht mehr in dem EU-Land Asyl beantragen müssen, das sie als erstes betreten, sondern dass Asylbewerber und Flüchtlinge auf die EU –Länder verteilt werden, wobei familiäre und soziale Bezüge erhalten bleiben. Das kann über ein Quotensystem oder über einen europäischen Ausgleichsfonds ausgestaltet werden
- die Vorschläge des Memorandums „Flüchtlingsaufnahme in der Europäischen Union: Für ein gerechtes und solidarisches System der Verantwortlichkeit“ zu prüfen, insbesondere in Hinsicht auf die Residenzpflicht der Asylbewerber und Flüchtlinge
- Einhaltung der in der EU vorgeschriebenen Standards bei der Bearbeitung von Asylanträgen. Wo Länder diese nicht einhalten (können), muss ihnen geholfen werden(z.B. Griechenland)
- Frontex darf keine Einrichtung zu Abwehr von Flüchtlingen sein, sondern Seenotrettung muss verpflichtend sein. Der Grundsatz der Nichtzurückweisung muss gewährleistet sein, an den EU Außengrenzen darf es keine Abstriche beim Flüchtlingsschutz und den Menschenrechten geben
- die Erhöhung der Zahlen bei der Aufnahme von Kontingentflüchtlingen (Resettlementverfahren) und bei der Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien
- die Beendigung der Praxis, den Familiennachzug

10

15

20

25

30

35

- 40 von Syrienflüchtlingen nach Hessen zu deckeln und im übrigen davon abhängig zu machen, dass die schon hier lebenden Syrer den Lebensunterhalt der nachziehenden Familienangehörigen finanzieren
- 45 • das Arbeitsverbot für Asylbewerber und Geduldete muss aufgehoben werden
- das Asylbewerberleistungsgesetz muss nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes angeglichen werden, indem es in der Höhe an das Existenzminimum angeglichen wird. Die Gesundheitsversorgung muss im medizinisch erforderlichen Umfang gewährleistet sein.
- 50 • die Residenzpflicht muss weitgehend gelockert oder aufgehoben werden, wobei ein gerechter Ausgleich zwischen den Ländern gewährleistet bleiben muss, damit einzelne Länder, Landkreise oder Kommunen nicht überlastet werden.
- 55 • dass die SPD-Bundestagsfraktion bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung keinen Lösungen zustimmt, die hinter den Vereinbarungen des Koalitionsvertrages zurück fallen.
- 60 • die Überforderung sehr vieler Kommunen muss durch eine 100 - prozentige Übernahme der Kosten durch den Bund verhindert werden
- 65 • Asylbewerber und Flüchtlinge sollen von Anfang an Anspruch auf Sprachkurse und Integrationsleistungen haben
- 70 • wir Bürger und Bürgerinnen sind aufgefordert, Flüchtlinge vor Ort zu unterstützen und ihre Integration zu fördern.
- sich in der internationalen Staatengemeinschaft dafür einzusetzen, dass die UNO-
- 75 Flüchtlingsorganisation UNHCR ausreichende Finanzmittel zur Versorgung von Flüchtlingen und Binnenflüchtlingen erhält und sich dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung ihrer eigenen Beiträge zur UNHCR erhöht.
- 80 • Parallel zum Kampf um einen gemeinsame Asylpolitik auf europäischer Ebene müssen auch die entwicklungspolitischen Anstrengungen intensiviert werden; niemand verlässt seine Heimat freiwillig, nur um sich an den Land- oder Seegrenzen der EU in Lebensgefahr zu begeben.
- 85 Deswegen müssen die Ausgaben im Bereich der Entwicklungshilfe umgehend deutlich erhöht werden.
- 90 • Ein Ende der Kooperationen mit Diktaturen, deren Zielrichtung in der Unterdrückung von Flüchtlingsströmen liegt. Eine menschenfeindliche, asylpolitische Kooperation

- 95 wie in der Vergangenheit mit dem Ghaddafi-Regime darf sich niemals wiederholen. Es muss auf EU-Ebene festgehalten werden, dass auch Mitgliedsstaaten keine bilateralen Abkommen mit solchen Regimen treffen.

ThA 26

Unterbezirk Miesbach (Landesverband Bayern)

Keine Rüstungsexporte in Spannungsgebiete

Der Parteikonvent bekräftigt die Beschlüsse der Bundesparteitage und im Regierungsprogramm, keine Waffen in Krisenregionen, Spannungsgebiete oder Diktaturen zu exportieren. Dies gilt umso mehr, solange der Endverbleib von einmal gelieferten Waffen nicht sicherzustellen ist.

5

Keine Rüstungsexporte in Spannungsgebiete

Erledigt durch Beschluss der Bundesregierung, Entschließung der SPD-Bundestagsfraktion sowie Initiativantrag des SPD-Parteivorstandes „Verantwortungsvolle Friedenspolitik in einer Zeit neuer Herausforderungen“ in der Fassung der Antragskommission

- 10 Wir unterstützen jede humanitäre Hilfe für Völker, denen ein Genozid droht oder die sich in einer Notwehrsituation befinden. Die derzeitige Situation im Nordirak und im östlichen Syrien kann ein militärisches Eingreifen erfordern. Das festzustellen und ggf. zu organisieren obliegt aber
- 15 einzig den Vereinten Nationen.

- 20 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich weiterhin für eine restriktive Anwendung und Auslegung der von der SPD-geführten Bundesregierung Anfang 2000 verabschiedeten Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern einzusetzen.

25

- 30 Der Parteikonvent fordert darüber hinaus ein in Stufen eingeführtes, umfassendes, international vereinbartes und kontrolliertes Waffenembargo für den gesamten Nahen Osten, beginnend mit jenen Staaten, aus denen heraus Terrororganisationen und aggressive nichtstaatliche Milizen wie der IS militärisch, finanziell oder logistisch unterstützt werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die dafür notwendigen Initiativen auf internationaler Ebene zu ergreifen und selbst mit gutem Beispiel voranzugehen und jegliche
- 35 Waffenexporte an die Staaten einzustellen, die den Terror unterstützen.

ThA 27**Arbeitsgemeinschaft 60plus****Groß angelegte humanitäre Hilfe ist die klügste Antwort**

Wir sind in einem unauflösbaren Dilemma zwischen „Keine Waffen in Krisengebiete und Friedensarbeit“ auf der einen und „nicht zusehen, wie gemordet wird“ auf der anderen Seite. Eine mit unseren ethischen Grundsätzen vereinbare widerspruchsfreie Lösung ist nicht möglich und keine Handlungsoption für Deutschland können wir mit gutem Gewissen beschließen. Jenseits dieses Dilemmas können wir mit gutem Gewissen beschließen: humanitäre Hilfe, diplomatische Arbeit gegen die Versorgung des IS mit Geld und Waffen und die internationale Abstimmung für unser Handeln.

Groß angelegte humanitäre Hilfe ist die klügste Antwort

Erledigt durch Beschluss der Bundesregierung, Entschließung der SPD-Bundestagsfraktion sowie Initiativantrag des SPD-Parteivorstandes „Verantwortungsvolle Friedenspolitik in einer Zeit neuer Herausforderungen“ in der Fassung der Antragskommission

15 Welche Handlungsoptionen sind denkbar?

- Eine Möglichkeit besteht darin, nichts zu tun und zu hoffen, dass amerikanischer, kurdischer, irakischer und syrischer Waffeneinsatz gegen den IS den Terror beendet und das Morden stoppt. Untätigkeit hieße die anderen die Drecksarbeit erledigen zu lassen und die Verlängerung des Terrors hinzunehmen.
- Oder Deutschland könnte sich - aus der Luft oder mit Bodentruppen - direkt aktiv an den Kämpfen an der Seite der USA beteiligen. Aber deutsche Soldaten in einen Krieg zu schicken, ist nicht zu verantworten und ohne UN Mandat undenkbar.
- Weiterhin könnten die Kämpfer gegen den IS mit Waffen beliefert werden – ohne UN-Mandat. Mehr Waffen gegen den IS könnten die Zeit des Mordens verkürzen. Das ist aber nicht sicher vorherzusagen und außerdem ist unsicher, in wessen Hände die deutschen Waffen schließlich geraten.
- Da ausländische Truppen im Irak nur mit UN-Mandat agieren dürfen, wäre ein sofortiger Beschluss UN-Sicherheitsrats zu treffen und ein Eingreifen der UNO herbeizuführen. Das können wir anregen, diplomatisch fordern, die Entscheidung kann der Deutsche Bundestag jedoch kurzfristig nicht erreichen – er wird es insbesondere dann nicht, wenn sich Deutschland jeglicher Hilfe verweigert.
- Deutschland würde seine Bereitschaft erklären, die Kämpfer gegen den IS mit Waffen zu unterstützen, sobald es gemeinsam mit anderen

- 50 Europäern gelänge, kurzfristig eine UN-Sicherheitsrat Sondersitzung herbeizuführen, auf der ein Mandat zum Vorgehen gegen die IS beschlossen würde. Gleichzeitig würde ein
- 55 groß angelegtes humanitäres Hilfsprogramm zur Rettung der Flüchtlinge und Verletzten gestartet.
- Da sich der IS offensichtlich jeglicher diplomatischen Erreichbarkeit entzieht, müssen wir auf jene Staaten einwirken, die den Zufluss von Geld und Waffen an den IS ermöglichen. Auch hier kann ein UN Mandat helfen, internationale Abstimmung ist unverzichtbar. Es ist unerträglich, dass jene, die schon ein
- 60 Geschäft mit den Waffen in den Händen der IS gemacht haben, nun an den Waffen verdienen, die gegen den IS zum Einsatz kommen.
- 65

Die Augen nicht verschließen.

- 70 Nach allem, was wir wissen, überfällt der IS ganze Landstriche, seine fanatischen Kämpfer morden, vergewaltigen und verstümmeln Frauen, Kinder und Männer – die Gegenwehr ist zu schwach. Auch davor dürfen wir die Augen nicht verschließen.

75 Manipulation der öffentlichen Meinung durch Bilder.

- Wir werden durch viele Medien und dort ganz wesentlich durch Bilder gesteuert, das war u.a. bei den angeblichen Massenvernichtungswaffen des
- 80 Saddam Hussein und bei den Chemiewaffen-Opfern in Syrien 2013 so und ist jetzt bei der Enthauptung des amerikanischen Journalisten wieder so. Vergleichbare Bilder aus dem Süd-Sudan, wo derzeit ein grässliches Morden
- 85 stattfindet, werden nicht veröffentlicht, oder nur sehr versteckt.

- Trotz oder gerade wegen der Grässlichkeit der Bilder dürfen bei uns nicht die Sicherungen durchbrennen und wir dürfen uns nicht zu eilfertigen Entscheidungen verleiten lassen. Wir fürchten, dass manche dieser Bilder eine solche überschäumende und überschnelle Reaktion
- 90 provozieren sollen.

95 Amerikanische, kurdische, irakische und syrische Soldaten kämpfen bereits gegen den IS – hier gibt es für Deutschland nichts mehr zu entscheiden.

- 100 Die USA haben mit ihrer Luftwaffe deutlich wirksamere Mittel und zudem haben sie die unmittelbare Verantwortung und Verpflichtung, die Folgen der Bush-Politik und des Bush-Krieges einzudämmen. Sie nehmen aus ihrer Perspektive

- 105 diese Verantwortung zusammen mit irakischen und kurdischen Kräften gegenwärtig auch wahr, nachdem der IS den strategisch wichtigen Mosul-Staudamm (Der größte im Irak und von entscheidender Bedeutung für die
- 110 Trinkwasserversorgung) und die Millionenstadt Mosul mit den nahegelegenen Ölfeldern erobert hatte.
Aus guten Gründen hat die SPD geführte Regierung sich nicht am Irak Krieg beteiligt.
- 115 Diesen Weg der SPD, von der deutschen Bevölkerung auf breiter Basis getragen, sollten wir fortsetzen und Krisengebiete nicht mit Waffen versorgen.

- 120 **Waffen geraten leicht in falsche Hände.**
Deutschland muss sich nicht an vorderster militärischer Front im Kampf im Irak beteiligen, auch weil es sehr zweifelhaft ist ob Waffen aus Deutschland – ohne Ausbilder? – überhaupt ein
- 125 wirksames und schnelles Mittel sein können, den IS (ISIS) zu stoppen. Würden deutsche Waffen das Morden der IS „schlagartig“ beenden, wären auch wir für eine solche Lieferung. Unsere Erfahrung lehrt, dass diese Annahme falsch ist.
- 130 Waffen geraten leicht in falsche Hände. So formuliert das auch Frank-Walter Steinmeier. Waffen an die Kurden zu liefern, birgt das große Risiko, dass sie sehr rasch an die PKK (in Deutschland als terroristische Vereinigung
- 135 eingestuft) weiter geleitet werden. Diese richten sie möglicherweise gegen unseren NATO-Partner Türkei, den wir dann unterstützen müssten. Mit der Folge, dass Waffen aus Deutschland gegen Deutschland selbst gerichtet würden.
- 140 Wahrscheinlich ist auch, dass unsere Waffen von der IS direkt erbeutet werden – zum weiteren Morden.

- 145 **Werden der Feind von gestern, heute zum Freund und der Freund von heute, morgen zum Feind?**
Der verfemte und heftig bekämpfte Präsident Assad wird plötzlich als möglicher Bündnispartner gesehen – Grundlage scheint ein altes falsches
- 150 Motto: "Die Feinde meines Feindes sind meine Freunde". Den fatalen Folgen dieses Irrtums sind schon viele erlegen, z.B. die USA mit ihrer Förderung der Taliban in Afghanistan in den 80er Jahren. Andere wünschen sich, dass die PKK ihre
- 155 Einstufung als terroristische Vereinigung verliert, damit sie gefördert werden können. Solche Überlegungen geben einen Blick auf die praktischen Folgen dieser Einstufung, die mit

- 160 Moral und klaren Grundsätzen nichts zu tun hat, sondern nach Opportunitätsgesichtspunkten vorgenommen wird.
- 165 Deutsche Waffenlieferung nur mit UN-Legitimation und Zustimmung durch den Bundestag.**
Gemeinsam mit anderen Europäern sollte kurzfristig eine UN-Sicherheitsrat Sondersitzung herbeigeführt werden, um über ein Mandat zum
- 170 Vorgehen gegen die IS zu beschließen. Nur wenn ein entsprechendes Mandat des UN Sicherheitsrates vorliegt, kann sich Deutschland am Kampf gegen die IS mit Waffenlieferungen beteiligen. Damit kommen wir unseren
- 175 internationalen Verpflichtungen, auch denen, die sich aus der NATO Mitgliedschaft ergeben, nach. Wir appellieren an Russland einen entsprechenden Beschluss mitzutragen oder wenigstens zu tolerierten. Unsere Regierung sollte mit anderen
- 180 zusammen versuchen, einen solchen Beschluss herbeizuführen.
- Deutsche humanitäre Hilfe für Flüchtlinge in großem Stil**
- 185 Nach allem, was wir aus den uns zugänglichen Quellen erfahren, geht der IS mit kaum zu überbietender Grausamkeit vor. Hundertausende Flüchtlinge sind Opfer einer humanitären Katastrophe. Davor dürfen wir die Augen nicht
- 190 verschließen. Notwendig ist eine Politik der Deeskalation aus der Position eines glaubhaften und ehrlichen Vermittlers heraus.
- Es ist eine wichtige Aufgabe für Deutschland, den
- 195 Flüchtlingen im Nordirak zur Seite zu stehen. Deutsche humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge in wirklich großem Stil zu leisten und nicht nur in bescheidenen, die Öffentlichkeit beruhigenden Dosen, würde außenpolitisch ein spürbares,
- 200 wirksames Signal humanitärer Politik Deutschlands geben. Schon diese Aufgabe übersteigt vermutlich die deutschen Kräfte, wir sollten aber alles uns Mögliche tun. Dies würde Frank-Walter
- 205 Steinmeiers abwägende und überlegte Politik unterstützen und ihm friedenspolitisch weitere Handlungsfelder erschließen.
- 210 Geld-Quellen des Krieges austrocknen, Profiteure von Waffengeschäften und Kriegen ächten**
Die Mischung aus religiösem Fanatismus und politischen Allmachtphantasien des IS wurde erst

- 215 durch den Zufluss von Geld und Waffen
militärisch-terroristisch virulent. Hier rächt sich der
weltweit außer Kontrolle geratene Waffenhandel.
Deshalb gilt es zunächst diesen Zufluss von Geld
und Waffen an des IS zu stoppen und auf die
220 Geldgeber der IS einzuwirken (insbesondere Saudi
Arabien, Kuwait und Katar sowie die Türkei als
möglicher Aufkäufer des Erdöls aus Mosul), die
finanzielle und materielle Unterstützung der IS
einzustellen.

225

Unser Dilemma

- Das Dilemma, in dem wir uns zwischen „Keine
Waffen in Krisengebiete und Friedensarbeit“ auf
der einen und „nicht zusehen wie gemordet wird“
230 auf der anderen Seite befinden, kommt nicht von
ungefähr.
Es ist Resultante jahrelanger falscher Politik. Es ist
illusorisch zu glauben, dass man die Folgen dieser
Politik in einem kurzen und schnellen Aufwasch
235 (mit neuen Waffen) regeln kann. So bitter es ist, es
wird weiter gemordet, ob Deutschland Waffen
schickt oder nicht.
In beiden Fällen lässt sich unser Dilemma nicht
auflösen, aber wenn wir beschließen Waffen zu
240 liefern, dann auf international abgestimmter
Grundlage.
Wenn wir keine Waffen schicken, wird vielleicht in
Zukunft weniger gemordet, zumindest dann nicht
mit Waffen, deren Herkunft bzw. Existenz wir
245 verantworten müssen. So verstehen wir auch die
Bemühungen unseres Parteivorsitzenden Sigmar
Gabriel um Begrenzung der Rüstungsexporte; da
sind wir in guter Willy Brandt Tradition. Deshalb
ist groß angelegte humanitäre Hilfe die klügste
Antwort.